

Wahlprüfsteine der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Vorpommern zur Landtagswahl 2016

Nachbarsprache und Bildung > S. 1

Verkehr > S. 11

Wirtschaft und Arbeit > S. 13

Daseinsfürsorge > S. 16

Zivilgesellschaft und Kultur > S. 22

Antworten über 500 Zeichen zu einer Frage wurden sinnwährend gekürzt, um allen Parteien im gleichen Umfang die Möglichkeit zu geben sich zu präsentieren. Die AFD hat leider, trotz wiederholter Anfrage nicht reagiert und keine Antworten geschickt.

Nachbarsprache und Bildung					
<p>1. In MV wird Polnisch in der Grundschule und Orientierungsstufe nur in AGs in Konkurrenz zu anderen außerunterrichtlichen Angeboten vorgehalten und unterliegt aufgrund mangelnder Verbindlichkeit und Stellenwerts einer hohen Fluktuation. Setzen Sie sich für die Einführung des Unterrichtsfaches „Polnisch als Fremdsprache“ mit Frühbeginn in der 1. Klasse der Primarstufe in den Schulen der Grenzregion ein?</p>	<p>SPD: Die Fragen 1, 3 und 5 wurden gemeinsam beantwortet. Immer mehr Kinder und Jugendliche mit der polnischen Muttersprache besuchen die Schulen unseres Landes, da es viele junge Familien aus Polen nach Mecklenburg-Vorpommern zieht. Zur besseren Integration und für ein herzliches Willkommen werden wir ein langfristiges Konzept auf den Weg bringen, um den Polnisch- und Deutschunterricht in den entsprechenden Regionen bestmöglich auszugestalten. Weiter unter Frage 3.</p>	<p>CDU: Die Fragen 1 bis 19 werden im Zusammenhang beantwortet. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat Polen und Deutschland vorgebracht und bereichert. Die bisherigen Kooperationen und Kontakte haben Brücken gebaut und Wege zueinander geöffnet. Daher ist es umso wichtiger, den Weg der vertrauensvollen Zusammenarbeit fortzusetzen und zu verstärken. Die Freundschaft zwischen Polen und Deutschland muss mit Leben erfüllt und vertieft werden. Dies muss verstärkt auch im Bildungsbereich erfolgen. Die CDU spricht sich für den Ausbau der bisherigen Angebote und eine bessere Vernetzung von Kitas, Schulen und Berufsschulen aus. Die Untersuchung der Universität</p>	<p>DIE LINKE: DIE LINKE fordert seit Jahren die Einführung des Unterrichtsfaches „Polnisch“ an Schulen der Grenzregion, an denen es den Bedarf gibt. Bildungsstandards und Rahmenpläne bilden dafür aber neben der Unterrichtsversorgung die Grundlage. Diese fehlen seit Jahren und unser bisheriges Drängen blieb erfolglos. Dennoch werden wir uns weiterhin für die Schaffung der Voraussetzungen für das Erlernen der polnischen Sprache einsetzen.</p>	<p>GRÜNE: Ja, wir plädieren für Polnisch als Wahlangebot in Grundschulen der Grenzregion. Der durchgängige Spracherwerb von der Kita bis zur Hochschule ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiger Schlüssel für die Entwicklung zu einer zweisprachigen Grenzregion.</p>	<p>FDP: Nach einer qualifizierten Erhebung unter den Eltern kann Polnischunterricht in der Grenzregion an Schwerpunktschulen nach Bedarf eingerichtet werden. Die Arbeitsgemeinschaften wecken generell Neugier auf Polen und Polnisch. Deshalb sollte es sie an jeder Grundschule und in jeder Orientierungsstufe der Grenzregion geben. Interessant ist auch eine möglichst frühe eigene Anschauung vom Nachbarland, etwa durch bezuschusste Ausflüge in die polnische Grenzregion.</p>
<p>2. In Paragraf 200 der Koalitionsvereinbarung 2011-2016 der SPD und CDU steht, es „[...] werden Förderinstrumente der Europäischen Union verstärkt genutzt, um Kooperationsprojekte in der vorschulischen, schulischen und beruflichen</p>	<p>SPD: Die SPD wird den deutsch-polnischen Bildungsgedanken auch in der nächsten Legislaturperiode weiter verfolgen. Viele Förderungen laufen über die POMERANIA. Die Bündelung ist sinnvoll, weil die Modalitäten</p>	<p>erfolgen. Die CDU spricht sich für den Ausbau der bisherigen Angebote und eine bessere Vernetzung von Kitas, Schulen und Berufsschulen aus. Die Untersuchung der Universität</p>	<p>DIE LINKE: Eine Priorität des „INTEREG VA Programms“ ist das Thema Bildung. Polnische und deutsche Stellen müssen dem konsequenter annehmen. So müssen Richtlinien erarbeitet werden, um im Bereich</p>	<p>GRÜNE: Wir wollen an Schulen der Grenzregion durchgängigen Polnisch-Unterrichts bis zum Abitur ermöglichen. Voraussetzung dafür ist die Anwerbung bzw. Ausbildung entsprechend qualifizierter Lehrkräfte. Zugleich müssen der</p>	<p>FDP: Defizite gibt es nicht nur Richtung Polen. Im gesamten Bundesland liegt etwa die Pflege von Städtepartnerschaften weitgehend brach, obwohl Gelder hierfür zur Verfügung stehen. Hier gilt es einen Ansporn zu geben, indem etwa die</p>

<p>Bildung durchzuführen. Der DPG sind solche durch das Land MV initiierte und begleitete Förderprojekte nicht bekannt. Welche Gewichtung würden Sie dem Thema in den Koalitionsverhandlungen für die nächste Legislaturperiode geben und was würden Sie unternehmen, dies umzusetzen?</p>	<p>für EU Projekte kompliziert sind. Für den deutsch-polnische Bildungscampus in Löcknitz fördert das Land zusätzlich die notwendigen Baumaßnahmen. Bildungsakteure vor Ort können Gelder aus dem INTERREG V A-Programm beantragen. Der Aufruf zur Eichung von Projekten erfolgt am 5. September.</p>	<p>Greifswald „Polnisch Unterricht in Mecklenburg-Vorpommern unter Berücksichtigung durchgängiger Spracherwerbsangebote“, die im Auftrag des Landkreises Vorpommern-Greifswald durchgeführt wurde, hat deutlich gemacht, dass es eine große Lücke zwischen einigen Angeboten in den Kitas bis zum Beginn der zweiten Fremdsprache in der 7. Klasse gibt. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass es in der Grenzregion ein grundsätzliches Interesse der Elternhäuser, aber auch der Hoteliers und Handwerksbetriebe gibt. Gerade in Vorpommern brauchen wir mehr Angebote zum Erlernen der polnischen Sprache. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Metropolregion Stettin setzt sich die CDU-Fraktion deshalb dafür ein, dass das Erlernen der polnischen Sprache von der Kita, über die Schule bis hin zur Berufsschule ermöglicht wird. Nur so kann der Wirtschaftsraum weiter zusammenwachsen. In Sachsen ist ein durchgängiger</p>	<p>der Bildung einen „kleinen Grenzverkehr“ einzurichten. Auch fehlt es an Regelungen für gegenseitige Besuche, an einer schnellen Genehmigung von Besuchen und an versicherungstechnischen Bestimmungen. In diesem Bereich werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass ein unkompliziertes Verfahren ermöglicht wird.</p>	<p>„Deutsch als Fremdsprache“- und „Polnisch als Herkunftssprache“-Unterricht für polnische Schüler*innen gesichert werden. Wir wollen die Anerkennung von Berufsabschlüssen polnischer Erzieher*innen erleichtern und das Angebot mehrsprachiger Erziehung in Kindertagesstätten erweitern.</p>	<p>Fördertöpfe für grenzüberschreitende Kooperationen insgesamt bekannter gemacht werden und gelungene Formen von Zusammenarbeit öffentlich honoriert werden.</p>
<p>3. Wie stehen Sie zu den EU-Bildungszielen „Muttersprache +2“ und „Förderung des Nachbarsprachenfrühbeginns in den europäischen Grenzregionen“, denen sich auch MV auf Ebene der KMK verpflichtet hat?</p>	<p>SPD: Siehe auch Frage 1. Dieses Konzept wird mit allen Beteiligten vor Ort besprochen werden. Wir wollen mit dem Konzept auch ein größeres Interesse für die polnische Sprache und Kultur wecken. Das Konzept wird die Möglichkeit eines durchgängigen Spracherwerbs der Polnischen Sprache in den entsprechenden Regionen beinhalten. Mit dem langfristigen Sprachkonzept wird Mecklenburg-Vorpommern auch dem EU-Bildungsziel „Muttersprache +2“ einen wichtigen Schritt näher kommen.</p>	<p>Greifswald „Polnisch Unterricht in Mecklenburg-Vorpommern unter Berücksichtigung durchgängiger Spracherwerbsangebote“, die im Auftrag des Landkreises Vorpommern-Greifswald durchgeführt wurde, hat deutlich gemacht, dass es eine große Lücke zwischen einigen Angeboten in den Kitas bis zum Beginn der zweiten Fremdsprache in der 7. Klasse gibt. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass es in der Grenzregion ein grundsätzliches Interesse der Elternhäuser, aber auch der Hoteliers und Handwerksbetriebe gibt. Gerade in Vorpommern brauchen wir mehr Angebote zum Erlernen der polnischen Sprache. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Metropolregion Stettin setzt sich die CDU-Fraktion deshalb dafür ein, dass das Erlernen der polnischen Sprache von der Kita, über die Schule bis hin zur Berufsschule ermöglicht wird. Nur so kann der Wirtschaftsraum weiter zusammenwachsen. In Sachsen ist ein durchgängiger</p>	<p>DIE LINKE: Das Ziel, das im Nov. 2006 vom Europäischen Parlament verabschiedeten Programms „Muttersprache + 2“, jeder Schülerin und jedem Schüler das Erlernen von zwei EU-Fremdsprachen zu ermöglichen, wird von uns unterstützt. Bei der Umsetzung der Ziele gibt es allerdings zu wenig Fortschritte. Sie können nur erreicht werden, wenn eine Bildungskonzeption von der Kita bis zur Berufsschule erstellt wird und die inhaltlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen endlich vollständig und gezielt erarbeitet werden.</p>	<p>GRÜNE: Wir GRÜNE halten die Zielsetzung „Muttersprache +2“ für sehr sinnvoll und teilen auch den Gedanken, dass hierzu möglichst eine Nachbarsprache gehören soll. Die Auswahl der zu lernenden zweiten Fremdsprache sollte aber selbstbestimmt aus einem möglichst vielfältigen Fremdsprachenangebot erfolgen. Um die Attraktivität des Faches „Polnisch“ zu erhöhen, ist darum das Angebot eines frühzeitigen und durchgängigen Erwerbs wichtig.</p>	<p>FDP: Ohne Einschränkung positiv. Einem osteuropäischen Sprichwort zufolge ist der Mensch so viele Male Mensch, wie er Sprachen beherrscht. Der Erwerb von Fremdsprachen befördert anerkanntermaßen ein offeneres Miteinander zu fremden Kulturen wie auch zur eigenen Kultur und ist insoweit unabdingbar für eine verantwortungsvolle Persönlichkeitsentwicklung und -entfaltung.</p>
<p>4. Wie stehen Sie dazu, die Sprachlernreihenfolge grundsätzlich umzukehren (Vorverlagerung der</p>	<p>SPD: Vor allem im Osten unseres Landes siedeln sich immer mehr junge Familien aus Polen an,</p>	<p>Greifswald „Polnisch Unterricht in Mecklenburg-Vorpommern unter Berücksichtigung durchgängiger Spracherwerbsangebote“, die im Auftrag des Landkreises Vorpommern-Greifswald durchgeführt wurde, hat deutlich gemacht, dass es eine große Lücke zwischen einigen Angeboten in den Kitas bis zum Beginn der zweiten Fremdsprache in der 7. Klasse gibt. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass es in der Grenzregion ein grundsätzliches Interesse der Elternhäuser, aber auch der Hoteliers und Handwerksbetriebe gibt. Gerade in Vorpommern brauchen wir mehr Angebote zum Erlernen der polnischen Sprache. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Metropolregion Stettin setzt sich die CDU-Fraktion deshalb dafür ein, dass das Erlernen der polnischen Sprache von der Kita, über die Schule bis hin zur Berufsschule ermöglicht wird. Nur so kann der Wirtschaftsraum weiter zusammenwachsen. In Sachsen ist ein durchgängiger</p>	<p>DIE LINKE: Es ist bereits heute möglich, eine andere Fremdsprache als die englische Sprache als</p>	<p>GRÜNE: Wir halten diese Vorverlagerung – als Wahlangebot, nicht als</p>	<p>FDP: Die Umkehrung der Sprachlernreihenfolge in der Grenzregion ist</p>

<p>Nachbarsprache Polnisch in den frühen und aufeinander aufbauenden Nachbarspracherwerb in den Kitas und Grundschulen der Grenzregion zu Polen), um Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, mit sehr guten Polnischkenntnissen die persönlichen und beruflichen Chancen der Grenzregion optimal zu nutzen?</p>	<p>die wir herzlich willkommen heißen und integrieren wollen. Wir werden ein langfristiges Konzept auf den Weg bringen, um den Polnisch- und Deutschunterricht in den entsprechenden Regionen bestmöglich auszugestalten. Die konkrete Ausgestaltung der frühkindlichen Bildung kann in den einzelnen Kitas, auch auf Initiative des Elternrates, bedarfsgerecht gestaltet werden.</p>	<p>Spracherwerb bereits heute möglich und auch in Brandenburg gibt es ein nahezu lückenloses Angebot. Diese Entwicklung dürfen wir nicht weiter verschlafen. Wir brauchen endlich verlässliche Rahmenbedingungen. Die bisherigen Angebote müssen gebündelt werden. Wir brauchen konkrete Projekte vor Ort, die auch finanziell abgesichert sind. Auf Initiative der CDU-Fraktion hat der Landtag dazu im Jahr 2014 einen Beschluss gefasst, der jetzt von der Landesregierung umgesetzt werden muss. Allerdings sieht dieser Antrag wichtige Forderungen der CDU nicht vor, die für eine bessere deutsch-polnische Zusammenarbeit im Bildungsbereich förderlich gewesen wäre. Dieses Vorhaben scheiterte an dem Willen unseres Koalitionspartners SPD. Im Bereich der deutsch-polnischen Bildungszusammenarbeit gibt es zahlreiche Baustellen. Die größten Baustellen bestehen im Bereich des Unterrichts und der weiteren Ausgestaltung der internationalen</p>	<p>sogenannte „erste Fremdsprache“ zu erlernen. Wir teilen die Einschätzung, dass beim Erlernen von Polnisch als erste Fremdsprache die Chancen der Grenzregion besser genutzt werden können. Kitas können jederzeit ein entsprechendes Sprachprofil anbieten. Grundlage hierfür sind die in § 1 Absatz 1 des KiföG M-V formulierten Ziele und Inhalte.</p>	<p>Verpflichtung – für sinnvoll. Ein frühzeitiges und aufbauendes Erlernen der polnischen Sprache eröffnet Schülerinnen und Schüler größere Potenziale in der Region und fördert das Zusammenwachsen der Grenzregion.</p>	<p>grundsätzlich ein begründenswerter Ansatz, wenn die Eltern dabei ein Wahlrecht haben, ob sie bei der Umkehrung mitgehen wollen oder sich doch lieber für eine konventionelle erste Fremdsprache entscheiden.</p>
<p>5. Wie stehen Sie grundsätzlich dazu, eine bildungspolitische Definition der „Grenzregion“ vorzunehmen, um mit Sonderregelungen den frühen und durchgängigen Nachbarspracherwerb bis in die Berufliche Ausbildung zu fördern?</p>	<p>SPD: Siehe Frage 1 und 3.</p>	<p>deutsch-polnischen Bildungszusammenarbeit gibt es zahlreiche Baustellen. Die größten Baustellen bestehen im Bereich des Unterrichts und der weiteren Ausgestaltung der internationalen</p>	<p>DIE LINKE: Dafür ist es unserer Meinung nach nicht notwendig, den Begriff „Grenzregion“ bildungspolitisch zu definieren. Die vorhandenen Regelungen müssen überarbeitet und vervollständigt werden, damit der Spracherwerb besser möglich ist. Eine besondere Definition ist nicht hilfreich, um Voraussetzungen für den Bildungsbereich zu schaffen.</p>	<p>GRÜNE: Für die Weiterentwicklung der Bildungsangebote ist es notwendig, zu untersuchen, in welchem geographischen Raum der Bedarf für den Erwerb der polnischen Sprache und die Entwicklung zur zweisprachigen Region besonders relevant ist.</p>	<p>FDP: Ohne Einschränkung positiv.</p>
<p>6. An der Grundschule Löcknitz wurde eine zweisprachige Alphabetisierung aller Schüler/-innen begonnen. Jetzt kommt es darauf an, dieses Angebot in der Regionalen Schule und im</p>	<p>SPD: Die Fragen 6 und 7 wurden zusammen beantwortet. Die SPD engagiert sich auf kommunaler und Landesebene seit vielen Jahren für den Fremdsprachenunterricht der polnischen Sprache.</p>	<p>deutsch-polnischen Bildungszusammenarbeit gibt es zahlreiche Baustellen. Die größten Baustellen bestehen im Bereich des Unterrichts und der weiteren Ausgestaltung der internationalen</p>	<p>DIE LINKE: Selbstverständlich muss das Angebot in die Unterrichtsversorgung der jeweiligen Schule dauerhaft einfließen.</p>	<p>GRÜNE: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich klar für Erhalt und Fortführung des Angebots ein.</p>	<p>FDP: Ohne Einschränkung positiv.</p>

<p>Gymnasium weiterzuführen. Wie stehen Sie dazu, insbesondere zur Notwendigkeit des Erhalts und zur Fortführung des Angebots die erhöhten Personalstunden abzusichern?</p>	<p>Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass das Land der Grundschule Löcknitz - die zur Fortführung der zweisprachigen Alphabetisierung - notwendigen Personalressourcen zur Verfügung stellt. Mit dem Polnisch-Unterricht für Muttersprachler/innen verfügt Löcknitz über ein weiteres Vorzeigeprojekt, das ein Symbol für das immer stärkere Zusammenwachsen in der deutsch-polnischen Grenzregion ist. Der von den Schulen gewünschte durchgängige Spracherwerb der Polnischen Sprachen von der Grundschule bis zur Beruflichen Schule bedarf eines breitangelegten Sprachkonzeptes, das wir in der kommenden Legislaturperiode entwickeln wollen. Bei der Erarbeitung des Sprachkonzeptes wollen wir die in Löcknitz und anderen Schulen der Grenzregion gewonnen Erfahrungen und Vorschläge einbeziehen.</p>	<p>Zusammenarbeit. Die CDU-Fraktion hat beim Koalitionspartner mehrfach vergeblich dafür geworben, einen deutsch-polnischen-Bildungsbeirat einzuberufen, der die Stärkung der Bildungszusammenarbeit fachlich begleitet und zu einer Verstärkung der bestehenden Angebote und zu einem Ausbau beitragen soll. Die CDU-Fraktion ist nach wie vor der Auffassung, dass es eines solchen Beirates dringend bedürfte.</p>			
<p>7. An der Regionalen Schule Löcknitz gibt es erste Versuche von Polnisch als Herkunftssprache für polnische Muttersprachler/-innen. Möchten Sie dies als ordentliches Schulfach in der Grenzregion verankern?</p>	<p>SPD: Das Interesse an einer Sprache hängt vor allem davon ab, ob Eltern sowie Schüler/innen davon überzeugt sind, dass die Sprache in Zukunft</p>		<p>DIE LINKE: Natürlich, denn jede polnische Schülerin und jeder polnische Schüler muss die Gelegenheit haben, an der Schule die orthografischen und grammatikalischen Grundlagen der Muttersprache erwerben.</p>	<p>GRÜNE: Da an der Grundschule Löcknitz zum Teil bereits 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler aus Polen stammen, besteht der Bedarf für Polnisch als Herkunftssprache schon im Primärbereich. Zum Erhalt der Zweisprachigkeit sollte ein entsprechendes Angebot auch für weiterführende Schulen existieren. Es gibt in der Didaktik allerdings auch Ansätze, „Polnisch als Fremdsprache“ und „Polnisch als Herkunftssprache“ als Fach mit gemeinsamen sowie bindendifferenzierten Lehrinhalten zu verbinden.</p>	<p>FDP: Ja, wenn die Auswertung der genannten Unterrichtsversuche ergibt, dass ein solcher Unterricht notwendig ist, wobei es vor allem um die Beherrschung der Herkunftsschriftsprache gehen dürfte. (In der Regel pflegen Polen, die in Deutschland ansässig werden, weiterhin ihre Sprache und geben sie gern an die Nachfolgegeneration weiter.)</p>
<p>8. Wie kann das Land MV langfristig dafür sorgen, dass das Interesse für die Sprache und Kultur Polens bei Schüler/-innen und Eltern geweckt wird?</p>	<p>SPD: Das Interesse an einer Sprache hängt vor allem davon ab, ob Eltern sowie Schüler/innen davon überzeugt sind, dass die Sprache in Zukunft</p>		<p>DIE LINKE: Die internationale Verkehrssprache Englisch ist in Polen und Deutschland eine starke Konkurrenz zur Sprache des Nachbarlandes.</p>	<p>GRÜNE: Obwohl Stettin für M-V die nächstgelegene Metropole ist und eine große gemeinsame Landgrenze besteht, ist Polen nicht ausreichend</p>	<p>FDP: Unter anderem durch die von Ihnen oben aufgezeigten Ansätze in der schulischen Ausbildung. Das Erlernen der Sprache sollte aber auch</p>

	<p>gebraucht wird. Bereits heute werden mehr als 110 deutsch-polnische Schulpartnerschaften aktiv gepflegt. Die SPD wird auf allen Ebenen die Schulen dabei unterstützen. Ebenso wichtig ist es aber auch, dass Polen auch als wichtiger Wirtschaftspartner dargestellt wird, um die zunehmende Bedeutung für das künftige Berufsleben hervorzuheben.</p>		<p>Durch wesentlich unbürokratisches Handeln, zu dem aber die rechtlichen Voraussetzungen derzeit nicht gegeben sind, können bessere Austausch- und Kennlernmöglichkeiten lebensnah geschaffen werden. Das Nachbarland muss erlebbar und spürbar werden, damit das Interesse am Land, der Kultur und der Sprache geweckt wird.</p>	<p>im Fokus von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. So gibt es z. B. ein vergleichbar großes Forum wie den Russlandtag für das Nachbarland Polen nicht. Viele Angebote für Jugendliche sind stärker auf die westlichen Nachbarn ausgerichtet. Wir wollen grenzübergreifende Bildungs- und Kulturprojekte sowie Schul-, Hochschul- und Städtepartnerschaften stärker fördern.</p>	<p>in der Erwachsenenbildung verstärkt fokussiert werden. Bildungsreisen etc. von etwa Mitarbeitern in der kommunal- und Landesverwaltung wären eine Möglichkeit. Überdies gibt es sicherlich hinreichend Kontaktzonen auf wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene. Dies kann und sollte Politik unterstützen.</p>
<p>9. Polen kommt als Thema kaum in Schulen in MV vor. Weder in Geschichte, Sozialkunde oder Deutsch arbeiten die regulären Unterrichtsmaterialien mit polnischen Beispielen. Wie kann das Land dabei unterstützen, dass unser östliches Nachbarland stärker ins schulische Bewusstsein rückt?</p>	<p>SPD: Das Deutsch-Polnische Geschichtsbuch, das auf einer Idee unseres Außenministers Frank-Walter Steinmeier basiert, ist ein gutes Beispiel, wie es Polen und Deutschen gemeinsam gelingen kann, das jeweils andere Land stärker in das schulische Bewusstsein zu rücken. Polen muss jedoch insgesamt stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Mit der Stettiner Erklärung haben wir betont, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen MV und Polen auf allen Ebenen in Zukunft immer wichtiger sein wird.</p>		<p>DIE LINKE: Im Schuljahr 2016/2017 wird der erste Band des „Deutsch-Polnischen Geschichtsbuches“ erscheinen. Band 2 und Band 3 werden folgen. Die Rahmenpläne der einzelnen Schularten geben zu 60 Prozent den Inhalt des Unterrichts vor, 40 Prozent werden an den Schulen in eigener Verantwortung erarbeitet. Somit steht einer intensiveren Befassung mit polnischen Hintergründen und Beispielen derzeit nichts im Wege.</p>	<p>GRÜNE: Angesichts bereits übervoller Lehrpläne treten wir für mehr fächerübergreifendes und vernetztes Lernen ein. Die derzeitigen Rahmenpläne schlagen z. B. im Fach Geschichte mehrfach die Darstellung am Beispiel Polens sowie das Projekt „Unser Nachbar Polen“ vor. Häufig liegen die Hürden eher in der Praxis, darum plädieren wir für entsprechende Lehrerfortbildungen, die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien sowie die stärkere schulorganisatorische Unterstützung von fächerübergreifenden Ansätzen.</p>	<p>FDP: Deutsche und Polen verbindet (und trennt) eine lange gemeinsame Geschichte. Insbesondere der Sachkunde-, später der Geschichts- und Geographieunterricht kann Module zu Berührungspunkten zwischen beiden Ländern umfassen. Auf informeller Ebene können Möglichkeiten zur wechselseitigen Begegnung forciert werden, etwa durch die schon angesprochenen bezuschussten Ausflüge.</p>

<p>10. Wie stehen sie zu der Idee der Benennung einer oder eines Beauftragten für die deutsch-polnische Bildungszusammenarbeit in MV bei der Landesregierung als Ansprechperson für Bildungsträger, Vereine und öffentliche Institutionen?</p>	<p>SPD: Die SPD Mecklenburg-Vorpommern hat dafür gesorgt, dass mit dem aktuellen Jahr 2016 Geld für die Einrichtung einer „Koordinierungsstelle Deutsch-Polnische Bildungszusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommern“ in den Landeshaushalt eingestellt wurden. Damit sind die Sach- und Personalkosten für eine Koordinierungsstelle gesichert. Wir werden dafür Sorge tragen, dass auch nach 2017 die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.</p>		<p>DIE LINKE: Die Kommunalgemeinschaft Euroregion POMERANIA e.V. betreibt gleichzeitig das Sekretariat des „INTERREG VA Programms“. Die deutschpolnische Bildungszusammenarbeit ist bereits heute im Bildungsministerium in persönlicher Zuständigkeit bei der jeweiligen Staatssekretärin/jeweiligen Staatssekretär.</p>	<p>GRÜNE: In dieser Legislatur war diese Aufgabe beim Bildungsstaatssekretär angesiedelt. Aus unserer Sicht ist das Engagement unter den Möglichkeiten geblieben. Entscheidend ist, dass eine kompetente und koordinierende Ansprechperson vorhanden ist. Wir sind aber nicht sicher, ob dafür die Funktion einer/s „Beauftragten“ notwendig ist. Eine solche Bezeichnung signalisiert meist eine gewisse Regierungsunabhängigkeit, während es hier um eine stärkere Einbeziehung in die Regierungsbearbeitung geht.</p>	<p>FDP: Es müsste gleichermaßen einen Beauftragten für die Bildungszusammenarbeit mit allen Nachbarländern Mecklenburg-Vorpommern geben. Sicher besteht zwischen Deutschland und Polen nicht zuletzt geschichtlich bedingt ein besonderes Verhältnis, im zusammenwachsenden Europa geht der Blick aber mehr und mehr zu Großräumen wie dem südlichen Baltikum.</p>
<p>11. Wie bewerten Sie die Einführung einer Fachberaterin für Polnisch für Lehrkräfte auf Landesebene beim Schulamt Greifswald. Sehen Sie Nachbesserungsbedarf?</p>	<p>SPD: Die Einführung einer Fachberaterin für Polnisch durch den Bildungsminister ist eine richtige und wichtige Entscheidung gewesen, da dadurch der Minister signalisiert hat, dass das Land dem Fremdsprachenunterricht eine höhere Priorität einräumt. Durch die Auswahl einer anerkannten Lehrkraft aus der Grenzregion ist zudem gewährleistet, dass eine Beratung und Unterstützung dort zeitnah erfolgen kann, wo die meisten Schüler/innen in</p>		<p>DIE LINKE: In allen Schulämtern mangelt es an Beratungsstrukturen. Lediglich 35 Unterrichts- und Schulberater stehen für die 500 Schulen und knapp 12000 Lehrkräfte zur Verfügung. Eine Verdopplung der Beraterinnen und Berater ist zwingend erforderlich. Im Rahmen des Aufbaus eines umfassenden Beratersystems ist es auch notwendig, die Stelle für den Bereich der polnischen Sprache zu schaffen.</p>	<p>GRÜNE: siehe Frage 14</p>	<p>FDP: Dies ist eine gute Initiative. Es muss kontinuierlich darauf geachtet werden, dass das Bildungsministerium in MV und die polnische Seite effektiv zusammenarbeiten.</p>

	<p>der polnischen Sprache unterrichtet werden.</p>				
<p>12. Keine der Kitas in Grenznähe zu Polen bietet bilingualen Spracherwerb Polnisch an, obwohl sich dies anbieten würde. Untersuchungen der Universität Greifswald zeigen, dass dies v.a. auf die Personalsituation zurückzuführen ist (kaum muttersprachliche Erzieher aus Polen, schlechter Personalschlüssel). Welche Maßnahmen planen Sie zur Förderung bilingualer Kitas in MV?</p>	<p>SPD: Die Etablierung bilingualer Kitas wäre bereits heute möglich, bspw. auch über das Einbinden von Sprachlern-elementen in den Alltag der Kita über Dritte, die nicht zum pädagogischen Fachpersonal gehören. Hier wäre insbesondere auch der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe gefordert, die sich ändernden Bedarfe insbesondere in den grenznahen Gemeinden zu Stettin aufzugreifen.</p>		<p>DIE LINKE: Die Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen muss erleichtert werden, um verstärkt auch polnischsprachige Erzieher/innen einsetzen zu können. Notwendige Fort- und Weiterbildungen, die zur Anerkennung als pädagogische Fachkraft führen, müssen unkompliziert zugänglich sein und berufsbegleitend erfolgen können. Für mehr Qualität in Kitas und individuelle Förderangebote fordern wir die Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation und mehr Zeit für die mittelbare pädagogische Arbeit.</p>	<p>GRÜNE: Wir wollen die Anerkennung der Abschlüsse polnischer Erzieherinnen und Erzieher erleichtern und für sie zugleich die Möglichkeit zum Erwerb der deutschen Sprache verbessern. Wir unterstützen die Entwicklung von Lehrwerken und Bildungskonzeptionen – aufbauend ab der frühkindlichen Bildung. Den Personalschlüssel wollen wir schrittweise verbessern, für eine zeitnahe Erhöhung der Zahl bilingualer Kitas sind aber eigene Förderinstrumente notwendig.</p>	<p>FDP: Die Kitas in MV müssen deutlich besser ausgestattet werden. Dazu zählt die deutliche Aufstockung mit Personal. In diesem Zusammenhang kann auch die Förderung bilingualer Kitas in Angriff genommen werden, da frühzeitiger Fremdspracherwerb ohne Zweifel eine Schlüsselqualifikation nicht nur im vereinigten Europa darstellt. Sie muss auch zu einem frühen Zeitpunkt in Angriff genommen werden, da sich Konzepte, an denen immer wieder nachgebessert werden muss, in der Regel nicht bewähren.</p>
<p>13. Setzen Sie sich dafür ein, berufsspezifisches Polnisch an den Beruflichen Schulen in der Grenzregion und Kooperationsprojekte mit polnischen Berufsschulen zur Kompetenzerweiterung in bestimmten Berufszweigen zu fördern?</p>	<p>SPD: Polnische und deutsche Berufsschulen pflegen seit vielen Jahren einen engen Kontakt und haben 2015 vereinbart, sich in Zukunft noch stärker zu vernetzen. Dabei profitieren Lehrkräfte, Schüler/innen beider Seiten von den Kooperationen ihrer deutschen und polnischen Berufsschulen. Wir werden Beruflichen Schulen über die Grenzregion hinaus</p>		<p>DIE LINKE: Wichtig ist zunächst, dass alle Berufsschulen im Land eine verbesserte Unterrichtsversorgung erhalten sowie die Bedingungen für eine langfristige Planung Berufsausbildung geschaffen werden. Wenn das gesamte Berufsschulsystem mit verbesserten Rahmenbedingungen ausgestaltet ist, sollte in einem zweiten Schritt – vergleichbar mit</p>	<p>GRÜNE: Das Land M-V muss das Ziel haben, an den Berufsschulen möglichst gute Chancen für eine berufliche Perspektive zu schaffen. Dazu gehören gegebenenfalls berufsfachlicher Fremdsprachenunterricht und ähnliche Angebote. Da die Zielgruppe hierfür allerdings noch einmal deutlich kleiner ist als für den allgemeinen Fremdsprachenunterricht, ist</p>	<p>FDP: Gerne nehmen wir hierzu Ihre konkreten Vorschläge in unsere politische Agenda auf.</p>

	dabei unterstützen, wenn sie sich mit ihren polnischen Partnerschulen stärker vernetzen wollen, um beispielsweise den Sprach- und Wissenserwerb zu verbessern.		Brandenburg – in der Grenzregion der zusätzliche Sprachenerwerb unter berufsspezifischen Aspekten erfolgen und mit dem Erwerb eines Zertifikates abgeschlossen werden.	für ein solches Angebot jeweils eine vorherige Bedarfsanalyse nötig. Alternativ bietet sich auch die Förderung entsprechender Fortbildungsangebote an.	
14. Wie bewerten Sie die Zahl der Polnischlehrkräfte im Land? Bildet MV genug Polnischlehrkräfte aus? Sehen Sie Handlungsbedarf bei der Lehramtsausbildung – bspw. hinsichtlich der Einführung von Polnisch an der Grundschule?	SPD: Die Zahl der Polnischlehrkräfte in MV bewertet die SPD als gut. MV bildet an der Universität Greifswald Lehrkräfte für Polnisch selbst aus. In der grenznahen Region sind an den Schulen des Landes zudem sehr gut qualifizierte polnische Lehrkräfte tätig. Studierinteressierte können sich in jedem Wintersemester zulassungsfrei und sofort für das Lehramtsstudium der Polnischen Sprache einschreiben. Es wäre wünschenswert, wenn sich mehr Lehramtsstudierende für das Fach Polnisch entscheiden würde.		DIE LINKE: In einem ersten Schritt muss die gegenseitige Anerkennung des Lehramtsstudiums erfolgen und in einem zweiten Schritt müssen die Kapazitäten berechnet werden, um aussagekräftige Daten zu erhalten, welche Anzahl von Polnischlehrkräften in welchen Zeiträumen notwendig sind, um dann die Studienkapazitäten dem Bedarf anzupassen.	GRÜNE: Die derzeit weniger als 20 Lehrkräfte genügen nicht für ein durchgängiges Polnisch-Angebot. Es gibt in M-V (Uni Greifswald) pro Jahr je 10 Erstsemesterplätze für das Lehramt Gymnasium und Regionale Schule. Nötig sind aber auch Referendariatsplätze im Anschluss – in den letzten Jahren gab es die für Polnisch nur vereinzelt, was zu Abwanderung führte. Dann ist auch eine Fachberaterin erforderlich. Für das Lehramt Grundschule wäre eine Kooperation mit der Uni Rostock notwendig.	FDP: Wir stehen zur Freiheit in Forschung und Lehre an den Universitäten im Land. Mithin liegt es im Ermessen der Hochschulen einen Bedarf zu ermitteln bzw. entsprechende Angebote vorzuhalten. Wir werden den Universitäten mithin nichts vorschreiben, uns aber für eine auskömmliche Finanzierung einsetzen.
15. Wie stehen Sie zu der Forderung, regelmäßig Lehrerfortbildungen für alle Polnischlehrkräfte im Land anzubieten?	SPD: Fort und -weiterbildungen von Lehrkräften sind generell sehr sinnvoll. Daher hat die SPD die Haushaltsmittel für das Institut für Qualitätsmanagement Mecklenburg-Vorpommern (IQMV) deutlich verbessert, um zusätzliche		DIE LINKE: Regelmäßige Fortbildungen sind eine Pflicht und ein Recht jeder Lehrkraft, unabhängig der Fachkombination. Dies gilt selbstverständlich auch für die Polnischlehrkräfte im Land.	GRÜNE: Lehrerfortbildungen halten wir für sinnvoll und wichtig, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Erweiterung des Fremdsprachenangebots.	FDP: Uneingeschränkt positiv.

	Fort- und Weiterbildungsangebote bedarfsgerecht anzubieten.				
16. Wie bewerten Sie die Anzahl von Lehrer/-innen, die aktuell am deutsch-polnischen Lehrer/-innenaustausch teilnehmen?	SPD: Es könnten mehr Lehrkräfte am Lehreraustausch mit Polen, Moldawien und den baltischen Ländern teilnehmen, als es derzeit tun. Die zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von jährlich 723.200 Euro sind vollkommen ausreichend, da sie nur etwa zur Hälfte verwendet werden. Wir halten diesen großzügigen Ansatz dennoch für gerechtfertigt, da dadurch deutlich wird, wie wichtig der Austausch von Lehrkräften ist.		DIE LINKE: Eine Bewertung von einer Anzahl ist nur dann möglich, wenn man sie ins Verhältnis zur Teilnahme an allen anderen möglichen Programmen und Angeboten und ins Verhältnis zum Bedarf setzt. Der steigende Bedarf zeigt, dass der Lehrer/-innenaustausch ausgebaut werden sollte.	GRÜNE: Der Lehreraustausch mit Polen, Moldawien und baltischen Ländern liegt unter den Erwartungen. Von zunächst 10 geplanten Austauschstellen wurden 2014 nur 6 besetzt und 2015 nur vier. Ab dem 1. August 2015 waren dann lediglich 3 Lehrkräfte im Austausch. Da die Mittel für den Austausch weiter bereit stehen, sollte das Land bei den eigenen Lehrkräften stärker für diese Möglichkeit werben.	FDP: Hierzu liegen uns leider keine qualifizierten Daten vor. Aber gerne lassen wir uns von Ihnen entsprechend informieren.
17. Halten Sie das Angebot von Polnischunterricht an Hochschulen in MV (nicht innerhalb des Lehramts) für ausreichend?	SPD: Der überwiegende Teil der Hochschulen bietet Studierenden und Beschäftigten die Möglichkeit an Polnischunterricht ihrer Fremdsprachenzentren teilzunehmen. Die Angebote orientieren sich an der Nachfrage durch die Studierenden und werden durch die Sprachzentren der Hochschulen beworben. Daher ist das vorhandene Angebot ausreichend.		DIE LINKE: An den Universitäten Rostock und Greifswald werden derzeit Kurse zum Erlernen der Sprache Polnisch bis zur Stufe A 2 angeboten. Bei entsprechendem Bedarf müssen diese Angebote ausgeweitet werden. Damit entsprechender Bedarf entsteht, sollten gerade die Hochschulen, die mit polnischen Hochschulen und anderen polnischen Partnern zusammenarbeiten, aktiv für das Erlernen der polnischen Sprache werben.	GRÜNE: Die Bewertung des Angebots hängt auch von der Nachfrage ab. Das Angebot beschränkt sich im Wesentlichen auf wenige Kurse auf Niveaustufe A1/A2, was für die Entwicklung der grenznahen Region und die Erweiterung des Unterrichtsangebots als zu gering erscheint.	FDP: Siehe Frage 14.

<p>18. Sehen Sie Möglichkeiten, die Kompetenzen bei den Menschen bzgl. Sprache und Kultur über das Nachbarland in der Erwachsenenbildung zu erhöhen?</p>	<p>SPD: Es ist nie zu spät, eine neue Kultur und Sprache zu lernen. Dies ist lebenslang möglich. Aus diesem Grund setzen wir uns auch für die Möglichkeit des lebenslangen Lernens ein. Eine wichtige Möglichkeit dafür bieten die Volkshochschulen des Landes. An diesen gibt es zahlreiche Angebote um das Land Polen und seine Kultur kennenzulernen sowie die polnische Sprache zu erlernen. Die Volkshochschulen überarbeiten regelmäßig ihr Angebot und können sich auf neue Bedarfe schnell neu einstellen.</p>		<p>DIE LINKE: Ja, an den Hochschulen und Volkshochschulen sollten mehr entsprechende Kurse angeboten werden. Außerdem sollten mit „Polski-Express – der mobilen Werbekampagne“ noch mehr erwachsene Menschen erreicht werden. Die polnischen Kulturtage „polenmARkt“ bieten vielen Menschen die Möglichkeit, unsere polnischen Nachbarn besser kennen zu lernen. Der Bestand des Institutes für Slawistik an der Universität Greifswald – das „polenmArkt“ wesentlich mitgestaltet- ist weiter zu stärken.</p>	<p>GRÜNE: Die Erwachsenenbildung ist zur Zeit sogar ein wesentlicher Pfeiler für die Sprach- und Kulturvermittlung, zum Beispiel bieten eine Reihe von Volkshochschulen Polnischkurse an. Die berufliche Weiterbildung kann gerade in der Grenzregion noch mehr Angebote mit Blick auf den polnischen Nachbarn anbieten. Gleiches gilt für die Angebote im Rahmen der Bildungsfreistellung.</p>	<p>FDP: Es gibt vielfältige Möglichkeiten, sich über Polen zu informieren. Das wesentliche Problem ist, dass die Angebote nicht nachgefragt werden. Deshalb gilt es, die vorhandenen Angebote bekannter zu machen.</p>
<p>19. In den vergangenen Jahren wurden im INTERREG V A Programm, Prioritätsachse Bildung, vornehmlich investive Maßnahmen an Einzelinrichtungen realisiert, wie stehen Sie zu der Forderung den Schwerpunkt v.a. auf inhaltliche Projekte mit dem Schwerpunkt Förderung des Nachbarspracherwerbs zu verschieben?</p>	<p>SPD: In den letzten fünf Jahren wurden viele Bildungsprojekte aus diversen EU-Programmen gefördert. Die SPD-geführte Landesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass Bildung im neuen operativen Programm eine exponierte Stellung einnimmt. Ein erstes Ergebnis ist beispielsweise, dass ein Projekt zum durchgängigen Erwerb der Nachbarsprache in der Grenzregion vorbereitet wird. Im Rahmen eines INTERREG V A-Projekts soll der Erwerb der</p>		<p>DIE LINKE: Erst, wenn die investiven Maßnahmen abgeschlossen sind, kann eine Intensivierung der inhaltlichen Projekte erfolgen. Allerdings setzen Förderungen über das INTERREG VA Programm immer Kooperationen mit dem Nachbarland voraus. Es ist dementsprechend notwendig, dass eine Intensivierung der inhaltlichen Gestaltung beidseitig erfolgt.</p>	<p>GRÜNE: Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für den Spracherwerb und die deutsch-polnischen Bildungszusammenarbeit zu verbessern. Die bislang erfolgten Investitionen in Schulbauten u. ä. halten wir darum für sinnvoll. Zu den Rahmenbedingungen gehören aber auch konzeptionelle Arbeiten, die Sicherung des Personalbedarfs und ähnliche Fördermaßnahmen. Dies wird aus unserer Sicht grundsätzlich bereits berücksichtigt</p>	<p>FDP: Uneingeschränkt positiv.</p>

	Nachbarsprache vom Kindergarten bis zum Abitur gefördert werden.			und sollte in der Schwerpunktsetzung noch stärkere Beachtung finden.	
Verkehr					
20. Wie stehen Sie zu der Forderung des Wiederaufbaus der Karniner Brücke?	SPD: Die Fragen 20, 21, 22 und 23 wurden zusammen beantwortet. Für Fern-, Nah- und Güterverkehr gleichermaßen wichtig ist der Ausbau der Bahnstrecke Berlin – Pasewalk – Stralsund auf eine Spitzengeschwindigkeit von 160 km/h. Zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen im Ostteil des Landes setzt sich die SPD dafür ein, dass die Karniner Brücke in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird. Der Verkehrsminister hat dementsprechend diese Maßnahme angemeldet. Um das heute bestehende Angebot im ÖPNV im Land aufrecht erhalten zu können, ist zwingend erforderlich, dass der Bund die Länder auch in der weiteren Zukunft so mit Regionalisierungsmitteln ausstattet, dass sie einen nachfragegerechten Schienenahverkehr anbieten können. Wir werden mit diesen Mitteln vor allem den Nahverkehr auf den besonders nachgefragten	CDU: Bereits in der Koalitionsvereinbarung hat sich die CDU für die erforderliche Unterstützung für den Wiederaufbau der Karniner Brücke eingesetzt. Dennoch bleibt zu berücksichtigen, dass seitens des Bundes lediglich Infrastrukturprojekte in den Bundesverkehrsplan aufgenommen werden, deren Kosten-Nutzen-Faktor ausreichend ist. Derzeit wird seitens des Bundes, aber auch seitens der polnischen Seite, die Bahnverbindung Angermünde – Stettin bevorzugt.	DIE LINKE: Wir setzen uns seit Jahren dafür ein. Das Projekt muss Bestandteil des Bundesverkehrswegeplans 2030 (BVWP) werden. Beim Wiederaufbau der Karniner Brücke bzw. einer direkten Bahnverbindung Usedom-Berlin über die Peene handelt es sich um keine regionale, sondern international bedeutsame Verbindung. Deshalb sehen wir den Bund in der Verantwortung und auch die EU. Das Land M-V könnte die Kosten dafür nicht alleine schultern.	GRÜNE: Mit dem Wiederaufbau der Karniner Brücke würde sich der grenzüberschreitende Verkehr über Swinemünde positiv auf die deutsch-polnische Region auswirken. Wir unterstützen das Projekt „ Wiederaufbau Karniner Brücke “ und bedauern, dass es aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030 ausgeschieden ist. Wir vertreten die Auffassung des Aktionsbündnis Karniner Brücke, dass die Strecke nach wie vor für den Fernverkehr gewidmet ist. Wir werden uns auch in Zukunft für den Wiederaufbau politisch einsetzen.	FDP: Uneingeschränkt positiv.
21. Bei einer Zugfahrt von Stralsund, Greifswald, Anklam nach Stettin und umgekehrt, beträgt die Umstiegszeit in Pasewalk in der Regel 30 Minuten. Was planen Sie zu unternehmen, um in Pasewalk die Umstiegszeiten zu verkürzen und damit die Fahrzeiten aus		CDU: Die Bestellung des Schienen-Personen-Nahverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern erfolgt durch die Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern im Auftrag des Landes. Verträge werden langfristig gestaltet, um einen wirtschaftlichen Betrieb des Schienen-Personen-Nahverkehrs zu ermöglichen. Bei einer	DIE LINKE: Die Reisezeiten sind durch einen Taktfahrplan und durch einen Streckenausbau zu verkürzen. Die Strecke Stralsund-Berlin ist auf 160 km/h und die Strecke Bützow-Grambow (polnische Grenze) auf 120 km/h auszubauen. Pasewalk ist Verknüpfungspunkt und muss diese Funktion wieder	GRÜNE: Aufgrund der Ergebnisse eines von uns 2016 in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs in M-V, forderten wir in der Landtagssitzung im Juli 2016 die Landesregierung auf, einen landesweiten Stundentakt und einen Integralen Taktfahrplan einzuführen.	FDP: Es kann nicht nur darum gehen, Pasewalk als Umstiegsbahnhof attraktiver zu machen. Vorpommern muss insgesamt besser in die Verkehrsplanung der Deutschen Bahn eingebunden werden. Dies gilt es, soweit auf Landesebene möglich, zu forcieren.

<p>vielen Orten Vorpommerns nach Stettin deutlich zu reduzieren?</p>	<p>Strecken im Land stärken. Wichtig ist die bessere Verknüpfung von Schienenpersonenfernverkehr und Nahverkehr. Dazu wird der integrale Taktfahrplan für unser Land überprüft und wo notwendig, verbessert. Dort, wo Schienenverbindungen aufgrund zu geringer Fahrgastzahlen nicht ökonomisch und ökologisch vernünftig betrieben werden können, setzt die SPD auf leistungsfähigen Busverkehr und innovative Lösungen wie Ruf-Bus-Systeme, Anrufsammeltaxis oder E-Bikes. Um ein Umsteigen zu erleichtern, bedarf es an Bahn und Busknotenpunkten ausreichend sicherer Abstellmöglichkeiten für Autos, Fahrräder und E-Bikes, an den Grenzen von Kreisen und kreisfreien Städten zudem einer guten Verzahnung der Verkehre der verschiedenen Nahverkehrsanbieter. Dazu sind zunächst die Verkehrsunternehmen vor Ort gefragt, Lösungen zu erarbeiten. Innovative und die Mobilität stärkende Nahverkehrskonzepte der Landkreise werden durch uns unterstützt. Gerade</p>	<p>Neuausschreibung der Strecke werden wir darauf hinwirken, dass die Umsteigezeiten in Pasewalk optimiert werden.</p>	<p>vollständig erfüllen. Würde die Strecke Berlin-Stralsund vollständig durch den Fernverkehr bedient, stünden mehr Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr zur Verfügung.</p>	<p>Hiermit würden sich die Reisezeiten zwischen Stralsund und Stettin von 2.45 Uhr auf 2 Stunden, also insgesamt um 45 Minuten verkürzen. Zudem würden die Züge anstatt aktuell zweistündlich, stündlich verkehren.</p>	
<p>22. Immer zahlreichere tägliche Pendler wohnen in Löcknitz und Umgebung und arbeiten in Stettin, ebenso pendeln zahlreiche Menschen aus Stettin nach Löcknitz oder Pasewalk zur Arbeit. Möchten Sie sich für attraktive Angebote für Pendler einsetzen, um sie vom Auto auf Zug und Bus zu bewegen?</p>	<p>CDU: Ja.</p>	<p>DIE LINKE: Ein bedarfsgerechtes attraktives Angebot ist notwendig, um mehr Verkehr auf Bahn, Bus und flexible Bedienformen zu verlagern. Wir wollen eine bessere Verknüpfung der Angebote. Dazu soll ein im (Zwei-) Stundentakt bedientes Hauptnetz für Bus und Bahn geschaffen werden. Das Hauptnetz ist mit dem Nahverkehr an auszubauenden Knotenpunkten für bessere Anschlüsse und leichtes Umsteigen zu verknüpfen und ein landeseinheitliches einfaches und modernes Tarif-, Auskunfts- und Fahrscheinsystem einzuführen.</p>	<p>GRÜNE: Generell setzen wir uns für eine Stärkung des Öffentlichen Nahverkehrs ein und wollen somit eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr schaffen. Insofern bekennen wir uns klar zu einem attraktiveren ÖPNV-Angebot auf der Strecke Pasewalk – Löcknitz - Stettin.</p>	<p>FDP: Ja, insofern dies nicht zu einer Benachteiligung bzw. Verdrängung von Autofahrern führt.</p>	
<p>23. Die Stadt Penkun liegt unweit des brandenburgischen Bahnhofs Tantow, der Anschluss nach Stettin und Berlin bietet. Gleichzeitig liegt wenige Kilometer weiter</p>	<p>CDU: Grundsätzlich begrüßen wir eine grenzüberschreitende, durchgehende Buslinie mit Brandenburg und Polen, verweisen aber darauf, dass für den Öffentlichen</p>	<p>DIE LINKE: Eine solche Buslinie würde eine wesentliche Verbesserung darstellen. Bei ÖPNV-Angeboten darf nicht an Kreis- oder Landesgrenzen Schluss sein. Eine</p>	<p>GRÜNE: So weit eine Nachfrage für den grenzüberschreitenden Verkehr zwischen Penkun, Tantow und der polnischen Stadt Gryfino besteht,</p>	<p>FDP: Uneingeschränkt positiv.</p>	

<p>die polnische Stadt Gryfino mit ihren Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten (Schwimmbad, etc.). Eine grenzüberschreitende, durchgehende Buslinie mit Brandenburg und Polen würde die Region erheblich aufwerten. Wie stehen Sie dazu?</p>	<p>auch für den Tourismus sind familien- und behindertenfreundliche Verkehrslösungen sowie die Verbindung der Küsten- und Binnenlandurlaubsstandorte mit den Zentren und ihren touristischen Highlights eine wichtige Standortvoraussetzung.</p>	<p>Personen-Nahverkehr die Landkreise und kreisfreien Städte zuständig sind.</p>	<p>Zusammenarbeit darf nicht länger an unterschiedlichen Kompetenzen scheitern. Mobilität ist ein wichtiger Beitrag zum Zusammenwachsen und zum Stärken der Metropolregion Stettin. Dass es geht, wenn auch nicht konfliktfrei, zeigt der grenzüberschreitende Verkehr auf der Insel Usedom.</p>	<p>befürworten wir die Einrichtung einer durchgehenden Buslinie.</p>	
<p>Wirtschaft und Arbeit</p>					
<p>24. Es gibt viele Beispiele erfolgreicher beruflicher Mobilität zwischen Westpommern und MV. Um die grenzüberschreitende Mobilität weiter zu fördern, wäre eine Möglichkeit diese Beispiele sichtbar zu machen. Wie stehen Sie dazu und werden Sie sich dafür einsetzen, dies umzusetzen?</p>	<p>SPD: Für die Entwicklung Vorpommerns ist die wirtschaftliche Verflechtung mit Westpommern und der Anschluss an die Metropolregion Stettin wichtig. Berufliche Mobilität zwischen Deutschland und Polen ist einer solchen Entwicklung zuträglich. Öffentlichkeitsarbeit für diese Mobilität sollte zuerst auf Ebene der Interessenvertretungen von Industrie, Handel und Wirtschaft erfolgen. So ist u. a. die IHK Neubrandenburg mit dem Haus der Wirtschaft in Stettin sehr engagiert, was wir unterstützen.</p>	<p>CDU: Ein dichtes Netzwerk von grenzüberschreitenden Kontakten ist seit über 20 Jahren entstanden, und wird maßgeblich durch 100 kommunale Partnerschaften, über 100 Universitäts-, Fachhochschul- und Schulpartnerschaften sowie zahlreiche Partnerschaften zwischen Organisationen und Projektträgern gestaltet. Auch im Hinblick auf die berufliche Mobilität steht die CDU einer weiteren Intensivierung dieser bilateralen Kontakte, zum Beispiel im Hinblick auf deren Sichtbarkeit, sehr aufgeschlossen gegenüber.</p>	<p>DIE LINKE: Beispiele für die berufliche Mobilität zwischen Westpommern und MV sind noch in zu geringer Anzahl vorhanden, es gilt sie deshalb voranzustellen, um die bestehenden Chancen zu verdeutlichen. Ein intensiver Erfahrungsaustausch über Mentoren muss gestärkt werden. Verständigungsprobleme, die es aufgrund von Sprachbarrieren gibt, müssen abgebaut werden. Bei der Sprachkompetenz hat MV deutlichen Nachholbedarf. Die Spürbarkeit der von Verwaltungsgrenzen muss Stück für Stück reduziert werden.</p>	<p>GRÜNE: Zur Sichtbarmachung grenzüberschreitender Berufsausübung könnten aus unserer Sicht vor allem Unternehmen, Kammern und Wirtschaftsverbände ihre Best Practice veröffentlichen und somit gleichzeitig für einen weiteren Zuwachs an Arbeitskräften aus den Grenzregionen werben. In Zukunft wird die Kooperation bei der Ausbildung und dem Austausch von Fachkräften zwischen Deutschland und Polen eine stärkere Rolle als bisher einnehmen. Dazu sollte stärker in gemeinsame Projekte investiert werden.</p>	<p>FDP: Es ist sinnvoll, derartige Erfolgsgeschichten im Zusammenspiel mit Wirtschafts-, Unternehmer- und Berufsverbänden öffentlich anzuerkennen.</p>
<p>25. Das Land hat in den letzten Jahren ausführlich die Bildung einer</p>	<p>SPD: Mit der „Stettiner Erklärung“ der Landtagsfraktion hat sich die SPD</p>	<p>CDU: Um die Entwicklung der Sogwirkung Stettins zu beschleunigen, muss</p>	<p>DIE LINKE: Wir begrüßen das Zusammenwachsen</p>	<p>GRÜNE: Die gemeinsamen Wirtschaftsbezie-</p>	<p>FDP: Damit MV weiter vom anhaltenden Boom des Standorts Stettin</p>

<p>grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin geplant. Wie stehen Sie dazu und welche Maßnahmen zu Ihrer Umsetzung planen Sie?</p>	<p>eindeutig zur Schaffung einer „Metropolregion Stettin“ bekannt, um die zivilgesellschaftliche-, wirtschafts-, wissenschaftliche- und kulturelle Zusammenarbeit in der Grenzregion zu fördern.</p>	<p>sie gefördert und unterstützt werden. Unterschiedliche Verwaltungsstrukturen, verbesserbare Infrastruktur-Abstimmungen oder eine lose Bildungszusammenarbeit sind dabei Baustellen auf dem Weg zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Diese Hemmnisse müssen beseitigt werden, damit die Potentiale der Metropolregion Stettin auf den östlichen Landesteil wirksam ausstrahlen und Impulse für Wachstum und Beschäftigung erfolgen.</p>	<p>und wollen die Metropolregion Stettin zum Vorteil beider Seiten und zum Wohle der Menschen stärken und entwickeln. Die Zusammenarbeit mit der Wojewodschaft Westpommern beispielsweise bei der Raumordnung oder im Erneuerbaren Energiebereich ist fruchtend. Wie in der Metropolregion Hamburg sollte Projektarbeit etwa zur Mobilität, zur touristischen/wirtschaftlichen Entwicklung und zum Abbau von Sprachbarrieren erfolgen.</p>	<p>hungen sollten so ausgerichtet sein, dass sie von den Menschen in der grenzüberschreitenden Region auch praktisch erfahrbar und dadurch geschätzt werden. Vor diesem Hintergrund sprechen befürworten wir die Etablierung einer grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin. Die Landespolitik sollten diesen Prozess mit schlüssigen Konzepten und effizienten Förderungseinrichtungen ganz wesentlich unterstützen.</p>	<p>profitieren kann, ist am Plan einer grenzüberschreitenden Metropolregion dringend festzuhalten. Vorrangig sind dabei die Verquickung von Infrastruktur, insbesondere Straßen und (digitale) Kommunikationswege, sowie der Abbau bürokratischer Hemmnisse. Die deutsche wie die polnische Seite müssen beiderseits daran arbeiten, dass beispielsweise noch Schwierigkeiten bei der wechselseitigen Anerkennung von Abschlüssen entfallen.</p>
<p>26. Halten Sie die Rahmenbedingungen in MV für grenzüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten, insb. im Bereich Dienstleistungen und Handwerk – gerade auch in der Grenzregion – für ausreichend?</p>	<p>SPD: Von besonderer Bedeutung ist die Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzgebiet mit dem Ziel der gemeinsamen Entwicklung und Stärkung. Wir streben deshalb eine Mitgliedschaft in der Metropolregion Stettin an. Auch in Zukunft bleibt wichtig, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen - insbesondere im Bereich Dienstleistungen und Handwerk - zu intensivieren. Eine bedeutende Rolle nimmt vor allem die Kooperation bei der Ausbildung und dem Austausch von Fachkräften</p>	<p>CDU: Unterschiedliche Verwaltungsstrukturen, verbesserbare Infrastruktur-Abstimmungen oder eine zu lose Bildungszusammenarbeit begünstigen diese Rahmenbedingungen nicht. Der gemeinsame Binnenmarkt, Dienstleistungsfreiheit und die Arbeit der Kammern und des dt. Hauses in Stettin sind bei grenzüberschreitenden Aktivitäten hervorzuheben.</p>	<p>DIE LINKE: Die Rahmenbedingungen haben sich stetig verbessert. Es ist nun an allen die Vereinbarungen mit Leben zu erfüllen. Die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen muss weiter vereinfacht und die gemeinsame duale Ausbildung deutscher und polnischer Jugendlicher muss ausgebaut werden. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit insbesondere die Anstrengungen zur Fachkräftesicherung müssen deutlich verstärkt werden. Die stiefmütterliche Behandlung</p>	<p>GRÜNE: Im Bereich Dienstleistungen und Handwerk werden die vorhandenen Möglichkeiten von Förderungen nicht ausreichend in Anspruch genommen, obwohl das Kooperationsprogramm INTERREG V A grenzüberschreitende Projekte zwischen deutschen und polnischen Partnern fördert. Die vorhandenen Möglichkeiten sollten seitens der Landesregierung stärker beworben werden. Auch die Kammern und Wirtschaftsverbände in den Grenzregionen könnten</p>	<p>FDP: Nein, da es sehr viele bürokratische Hemmnisse gibt, es werden beispielsweise nicht alle Abschlüsse gleichermaßen anerkannt.</p>

	zwischen MV und Polen ein.		der Metropolregion Stettin muss beendet werden.	in diesem Zusammenhang verstärkt für förderfähige Projekte werben.	
27. Wie möchten Sie eine grenzüberschreitende touristische Vermarktung gerade in den Regionen Usedom und Stettiner Haff fördern?	SPD: Die Fragen 27 und 28 wurden zusammen beantwortet. Wir werden die Landestourismuskonzeption und die Konzeption im Kinder- und Jugendtourismus fortschreiben. Insbesondere die ländlichen Räume, grenzüberschreitende Kooperationen, Werbung um ausländische Gäste und der barrierefreie Tourismus müssen hierbei einbezogen werden. Das umfasst insbesondere auch die Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur, als auch die zunehmende Bereitstellung mehrsprachiger Gästeeinformationen. Als wichtige Anreisemöglichkeit wird auch der für den Tourismus bedeutsame Flughafen auf Usedom weiterhin die Unterstützung des Landes bekommen. Für die SPD ist der Tourismus eine traditionell starke Wirtschaftsbranche mit großem Potenzial in der grenzüberschreitenden touristischen Zusammenarbeit. Die Vermarktung der touristischen Angebote auch in polnischer Sprache	CDU: Insbesondere die Möglichkeiten von Interreg (Bsp. Promenade Usedom) müssen weiterhin genutzt werden.	DIE LINKE: Die touristischen Gebiete nehmen sich vermehrt als Konkurrenz wahr, dies darf nicht zu einer Lähmung in der gemeinsamen Vermarktung führen. Wir sehen eine Chance gemeinsam für beide Länder neue internationale Märkte zu erschließen. Die gemeinsame Vermarktung der Ostseeregion ist für den internationalen Markt erforderlich, da kleine Teilräume nicht wahrgenommen werden. Auch finanziell ist dies von Vorteil. Konkrete Projekte werden wir anschieben und Initiativen in den Regionen unterstützen.	GRÜNE: Die Frage 27 und 28 werden im Zusammenhang beantwortet. Die Verbesserung der grenzüberschreitenden touristischen Vermarktung in den Regionen Usedom und Stettiner Haff und auch die Erhöhung der Attraktivität touristischer Angebote für den grenzüberschreitenden Tourismus aus Polen nach Vorpommern sollte aus unserer Sicht durch landespolitische Maßnahmen unterstützt werden. Die Entscheidung und Umsetzung daran ausgerichteter Maßnahmen sehen wir jedoch in erster Linie in Verantwortung der touristischen Akteure vor Ort und der regionalen Tourismusverbände. Ein positives Beispiel stellt in dieser Hinsicht das Pommersche Landesmuseum in Greifswald dar.	FDP: Dies ist zunächst einmal Sache der beiden Regionen. Es kann aber Zuschüsse seitens des Landes geben.
28. Die Wahrnehmung touristischer Angebote für Polinnen und Polen gestaltet sich in Vorpommern oft schwierig, aufgrund mangelnder Auschilderung in Polnisch in Museen, auf Wegweisern oder in Speisekarten. Planen Sie eine Verbesserung der Situation anzuregen?		CDU: Sowohl auf deutscher als auch auf polnischer Seite dient auch die englische Sprache der Verständigung. Darüber hinaus ist zum Beispiel der Benennung von Ortsnamen auch in polnischer Sprache auf Beschilderungen durchaus keine Ausnahme mehr. Hervorzuheben sind überdies viele Einzelunternehmen, die in privatwirtschaftli-	DIE LINKE: Unbedingt. M-V muss internationaler werden. Das Fehlen von mehrsprachigen Speisekarten, Wegweisern oder Beschilderung in Museen ist nicht nur Problem in der Metropolregion, sondern in ganz M-V. Selbst in den großen touristischen Zentren sind zumindest englischsprachige Speisekarten noch immer nicht Standard. Gemeinsam mit dem		FDP: Auf jeden Fall, wobei die Beschilderung gleich in mehreren Sprachen, vor allem Englisch, verbessert werden muss.

	muss auf Usedom nicht mehr angeregt werden. Polnische Touristen gehören bereits dazu und die Unternehmen haben sich bereits darauf eingestellt.	cher Initiative zweisprachige Hinweise in Polnisch, z.B. in Gaststätten, geben. Ebendort leistet mitunter auch polnisches Fachpersonale einen wichtigen Beitrag zur Verständigung.	Tourismusverband muss eine Internationalisierungsoffensive gestartet werden. Dazu gehört dann auch die Förderung der Fremdsprachenkompetenz der Beschäftigten im Tourismus.		
29. In MV haben wir eine vielfältige Hochschul-landschaft. Um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auszubauen und wirtschaftliche Chancen zu nutzen, wären mehr polnische Fachkräfte wünschenswert. Was planen Sie, um mehr polnische Studierende zu gewinnen?	SPD: Die weitere Internationalisierung der Hochschulen ist für uns ein wichtiges Ziel und für einen attraktiven Hochschulstandort sehr wichtig. Daher haben wir dafür Sorge getragen, dass diese ein Teil der Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Land wird. Konkrete Maßnahmen zur Studierendenwerbung können aber nur die Hochschulen selbst vornehmen. Wir unterstützen die Hochschulen bei ihrem Kurs zur weiteren Internationalisierung und engeren Kontakten zu unseren Nachbarländern.	CDU: Es existieren schon erste Kooperationen zwischen den Universitäten Greifswald und Stettin, deren Ausbau weiter vorangetrieben werden muss. Dies kann nicht nur die Attraktivität der Hochschulen in MV steigern, zudem können damit die Impulse aus der Metropolregion Stettin wirtschaftlich genutzt werden. Das Erlangen von Sprachkenntnissen wird durch Austauschprogramme (Erasmus) erleichtert. Aufgrund nicht vorhandener Studiengebühren erweisen sich die Hochschulen in MV als besonders konkurrenzfähig.	DIE LINKE: Die Hochschulen müssen im Wettstreit mit allen anderen Hochschulen so attraktiv sein, dass sich mehr ausländische, also auch polnische Studierende, für ein Studium an den Hochschulen im Land entscheiden. Neben einer guten Hochschulfinanzierung muss auch im Nachbarland geworben werden, dabei ist auch die Wirtschaft in der Pflicht. Die Zusammenarbeit mit polnischen Bildungseinrichtungen muss gepflegt und weiterentwickelt werden. Wir wollen die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.	GRÜNE: Unser Land verfügt über namhafte Universitäten, Fach- und Hochschulen. Um ein größeres Interesse junger Polen für ein Studium in M-V zu wecken, sollten diese in unserem Nachbarland intensiver beworben werden. Denkbar wäre auch ein verstärktes Angebot an deutsch-polnischen Sprachkursen an unseren Universitäten, Fach- und Hochschulen. Im Weiteren geht es um eine Stärkung gemeinsamer Projekte an deutschen und polnischen Einrichtungen in den Bereichen Forschung und Entwicklung.	FDP: Es gibt bereits enge Verflechtungen zwischen mehreren Hochschulen. Aufgabe der Politik ist es, diesen Kooperationen nicht durch unnötige Einschränkungen im Wege zu stehen. Derzeit ist es beispielsweise einfacher, Doppelstudiengänge oder einen gemeinsamen Studiengang mit Partnern außerhalb der EU einzurichten als innerhalb der Union, weil die Vorgaben außerhalb der EU viel einfacher zu erfüllen sind.
Daseinsfürsorge					
30. Kommunen in der unmittelbaren Grenzregion stehen vor besonderen Herausforderungen, was die grenzüberschreitende Zusammenarbeit etwa in Bereichen wie Nahver-	SPD: Wir unterstützen die Kommunen in der unmittelbaren Grenzregion in Bezug auf Maßnahmen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, u. a. in den Bereichen Nahverkehr, Versorgung	CDU: Die CDU ist die Partei der kommunalen Ebene. Jegliche interkommunale Zusammenarbeit sei es national oder international wird von unserer Seite unterstützt. Aller-	DIE LINKE: Ja! Die Herausforderungen sind groß und erfordern neue Mittel und Wege. Im Laufe einer intensiven Zusammenarbeit werden auch Varianten und Vorschläge zu prüfen und	GRÜNE: Ja. Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf es nicht sein, dass grenznahe Kommunen gegenüber anderen benachteiligt werden oder abhängig subventioniert werden müssen, nur	FDP: Die bisherigen Landesregierungen haben es versäumt eine echte Der kommunalen und Landesaufgaben vorzunehmen. Unsere Auffassung ist, dass erst nach einer

<p>kehr, Versorgung, Gesundheit betrifft, hierfür müssen neue Rechtsformen und Finanzierungsmodelle gefunden und erprobt werden. Sind Sie bereit die Kommunen bei der Suche nach solchen neuen Lösungen für besondere Vorhaben proaktiv zu unterstützen?</p>	<p>und Gesundheit. Von besonderer Bedeutung ist die Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Der Metropolregion Stettin kommt hierbei eine tragende Rolle zu. Eine engere Zusammenarbeit wird die Versorgung der Menschen auf beiden Seiten der Grenze verbessern. Dazu werden wir die Beziehungen zu Polen weiter vertiefen.</p>	<p>dings ergeben sich natürlich durch internationale Zusammenarbeiten besondere Probleme. An Gesprächen und praxisorientierten Lösungen, die im Interesse der kommunalen Ebene liegen, wird sich die CDU im Interesse der kommunalen Ebene immer beteiligen.</p>	<p>abzuwägen sein, was geht und wie das jeweils erreicht werden kann. Verwaltungen, Verbände, Vereine und möglichst viele weitere Akteure sind einzubinden, Ideen zu entwickeln, die das Zusammenwachsen voranzubringen. Diesen Prozess wollen wir befördern und die erforderlichen Entscheidungen treffen.</p>	<p>weil Möglichkeiten zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht ausgeschöpft werden. Vielmehr müssen die Chancen dafür auf allen Ebenen genutzt werden: Von grenzüberschreitenden Initiativen und kommunalen Partnerschaften bis hin zur Teilnahme An EU-Integrationsprogrammen.</p>	<p>gründlichen Aufgabenkritik über eine Regulierung des kommunalen Finanzausgleichs diskutiert werden kann.</p>
<p>31. Welche Möglichkeit sehen Sie, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Themen wie Umwelt-, Küsten- und Katastrophenschutz weiter zu intensivieren?</p>	<p>SPD: Ein großes Potenzial zur vertieften Zusammenarbeit sehen wir im „Parlamentsforum Südliche Ostsee“ und der „Ostseeparlamentarierkonferenz“. Darüber hinaus ergeben sich für die nächsten Jahre mit dem Interreg V A gute Möglichkeiten zur Zusammenarbeit in der Prioritätsachse I - Natur und Kultur-. Die Vereinbarung zur gegenseitigen Hilfeleistung bei Katastrophen mit Polen soll angepasst werden. Gemeinsame Schulungen, Wettbewerbe, Leistungsvergleiche und Übungen sollen die Zusammenarbeit vertiefen.</p>	<p>CDU: Über das Wirtschaftsministerium MV erfolgt derzeit eine Förderung grenzüberschreitender Projekte im Rahmen von Interreg V A. Auch die Förderung von Projekten zum Zivil- und Katastrophenschutz ist davon erfasst. Diese Möglichkeiten sollten weiter genutzt werden.</p>	<p>DIE LINKE: Den rechtlichen Rahmen stellt die im Jahr 2002 durch das Land Mecklenburg-Vorpommern und die Republik Polen unterzeichnete Vereinbarung zur gegenseitigen Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen dar. Das Landeskatastrophenschutzkonzept enthält sinnvolle Vorschläge für eine weiter zu intensivierende Zusammenarbeit, etwa gemeinsame Schulungen und die Teilnahme an Wettbewerben oder Übungen. Daran wollen wir anknüpfen.</p>	<p>GRÜNE: Die grenzüberschreitenden Kooperationen zur Entwicklung gemeinsamer Natur- und Umweltschutzprojekte und gemeinsamer touristischen Aktivitäten sollten deutlich ausgedehnt und gefördert werden. Dass von einigen Gremien der deutsch-polnischen Kooperation, kaum Nachrichten in unser Bundesland dringen, sehen wir kritisch. Die Aspekte deutsch-polnischer Zusammenarbeit müssen deutlich besser zusammengefasst, koordiniert, ergebnisorientiert fortgeführt und in der Öffentlichkeit vermittelt werden.</p>	<p>FDP: Diese Kooperationen müssen fortlaufend auf bestehende formale und bürokratische Hemmnisse hin überprüft, entsprechende Missstände so schnell wie möglich abgebaut werden.</p>

<p>32. In der Verwaltung bestehen kaum polnische Sprachkenntnisse oder Wissen über das Nachbarland. Welche Möglichkeiten sehen Sie dies abzubauen?</p>	<p>SPD: Dieser Aussage kann widersprochen werden, da in den Ministerien und auch in den nachgeordneten Behörden Mitarbeiter/innen, die die polnische Sprache beherrschen, arbeiten. Der intensive Austausch auch mit unseren Partnerregionen, die enge Zusammenarbeit z. B. in Interreg-Projekten oder beim Aufbau der Metropolregion Stettin hat das Verständnis füreinander sehr verbessert. Im Bereich der Steuerverwaltung werden Mitarbeiter der grenznahen Finanzämter in Grund-, Aufbau- und Intensivkursen geschult.</p>	<p>CDU: Die CDU ist der Ansicht, dass es im Eigeninteresse der Verwaltung liegt grenzüberschreitende Kenntnisse von Land, Leuten und Sprache in die eigene Arbeit in der Grenzregion einfließen zu lassen. Insoweit empfehlen wir den Verwaltungen in Landkreisen und Ämtern bei Einstellungen und Besetzungen entsprechende Qualifikationen in die Entscheidungen für Stellenbesetzungen mit einzubeziehen. Verbindliche Vorgaben verbieten sich jedoch als Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung.</p>	<p>DIE LINKE: Wir stehen für eine moderne Verwaltung. Dazu gehört auch Ansprechpartner und Dienstleister für nicht-deutschsprachige Mitbürger/innen oder auch Unternehmer/innen zu sein. Um ein guter Partner für Anliegen in polnischer Sprache zu sein, sollte bereits in der Ausbildung darauf hingewirkt werden, dass zukünftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch darauf reagieren können. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, polnischsprachige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung zu beschäftigen.</p>	<p>GRÜNE: Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf Sprache oder Kulturkenntnis keine Barriere für grenzüberschreitenden Austausch sein. Über die aktuellen Bemühungen hinaus und neben der Intensivierung allgemeiner Bildungsangebote, befürworten wir auch die Einstellung von polnischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in den grenznahen Kommunalverwaltungen. Hierfür müssen entsprechende polnische Qualifikationen anerkannt und die notwendigen Zusatzqualifikationen angeboten werden.</p>	<p>FDP: Amtssprache in Mecklenburg-Vorpommern ist zunächst einmal Deutsch. Im Sinne einer zunehmenden internationalen Verflechtung und einer serviceorientierten sollten Verwaltungsmitarbeiter aber immer wieder motiviert werden, Kenntnisse in Englisch, skandinavischen Sprachen, Polnisch oder Arabisch zu erwerben; es sollten auch systematisch entsprechende Fortbildungsangebote vorgehalten werden.</p>
<p>33. Zur Erhöhung der Sicherheit in der Grenzregion wäre eine engere Zusammenarbeit mit der Polizei in Westpommern wünschenswert. Welche Maßnahmen planen Sie?</p>	<p>SPD: Bei der Zusammenarbeit streben wir eine ständige Verbesserung und stetige Anpassung an aktuelle Sicherheitserfordernisse an. Diese umfasst etwa Austausch von Verbindungsbeamten, gemeinsame Programme zur Kriminalitätsverhütung, Erstellung gemeinsamer Lagebilder, Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Besondere Formen der Zusammenarbeit sind</p>	<p>CDU: Die Fragen 33 und 34 werden im Zusammenhang beantwortet. Im Rahmen eines regelmäßigen Austausches mit der polnischen Seite beraten Polizei und Justiz, um gemeinsame, konkrete und aktuelle Schwerpunkte der Zusammenarbeit abzustimmen. Neben gemeinsamen Streifen werden regelmäßige und anlassbezogene gemeinsame Besprechungen vollzogen. In den vergangenen Jah-</p>	<p>DIE LINKE: Hier gilt es vor allem, den deutsch-polnischen Polizeikooperationsvertrag, der am 9. Juli 2015 in Kraft trat, weiter mit Leben zu erfüllen. Dies betrifft allgemeine Formen der Zusammenarbeit (z. B. Informationsaustausch, gemeinsame Streifen, Austausch von Verbindungsbeamten oder Einrichtung operativer Ermittlungsgruppen) und besondere Zusammenarbeitsformen (gegenseitige Unterstützung beim</p>	<p>GRÜNE: Die Fragen 33 und 34 werden im Zusammenhang beantwortet. Am 15. Mai 2014 wurde der deutsch-polnische Polizeikooperationsvertrag unterzeichnet. Der Vertrag ist seit dem 9. Juli 2015 in Kraft und wird damit seit einem Jahr mit Leben gefüllt. Damit ist aus Sicht der GRÜNEN ein guter Zeitpunkt erreicht, um die auf dieser Grundlage erfolgte engere Zusammenarbeit von deutschen</p>	<p>FDP: Die Polizei in MV muss insgesamt personell aufgestockt werden, die Infrastruktur deutlich modernisiert werden. Es kann nicht sein, dass die Polizei noch mit der Technologie von vorgestern arbeitet. In der Grenzregion lässt sich möglicherweise vom Know-how der Polen profitieren. Ohnehin wäre ein fortlaufender Austausch zwischen den Polizisten wünschenswert. Gegebenenfalls können</p>

	<p>verdeckte Ermittlungen, kontrollierte Lieferungen sowie grenzüberschreitende Observationen und Nacheile.</p>	<p>ren wurden mit der Polizei der Wojewodschaft Westpommern unter anderem Arbeitstreffen, Konferenzen und Veranstaltungen im Zuge des Informations- und Erfahrungsaustausches, gegenseitige Praktika und Fortbildungen, gemeinsame Übungen der Spezialeinheiten und Fremdsprachenschulungen realisiert. Gemeinsame stationäre und mobile Einsatzmaßnahmen der Polizeien im Binnengrenzraum, Informationsaustausche und Projekte wie das Präventionsprogramm „Sicherheit im Nachbarland“ belegen die partnerschaftliche Zusammenarbeit im Polizeibereich. All diese Maßnahmen belegen die umfangreiche Zusammenarbeit. Dies sollte auch zukünftig beibehalten werden.</p>	<p>Personen- und Zeugenschutz, Durchführung verdeckter Ermittlungen oder grenzüberschreitende Observation).</p>	<p>und polnischen Polizeibehörden daraufhin zu analysieren, welche weiteren Formen der Zusammenarbeit wünschenswert wären.</p>	<p>auf verschiedenen Ebenen auch Arbeits- und Dienststellen gebildet werden um gemeinsame Probleme effektiver zu lösen.</p>
<p>34. Bei der Bundespolizei gibt es seit Beginn des Jahres eine gemeinsame Dienststelle mit dem polnischen Grenzschutz in Pomellen. Planen Sie Ähnliches für die Landespolizei?</p>	<p>SPD: Von den 2015 durch das Deutsch-Polnische Polizeiabkommen erweiterten Kooperationsformen soll verstärkt Gebrauch gemacht werden. So stehen bei gemeinsamen Streifen Beamten bestimmte Befugnisse gemäß dem jeweiligen Recht des Landes zu, in dessen Hoheitsgebiet die Streife durchgeführt wird. Dies gilt etwa für Verkehrskontrollen. Gegenseitige Unterstützung ist auch durch die Möglichkeit der vorübergehenden Aufnahme von Beamten des Nachbarlandes in die eigene polizeiliche Einsatzstelle vorgesehen.</p>	<p>DIE LINKE: Neben den bereits bestehenden gemeinsamen Streifen sind auf der Grundlage des deutsch-polnischen Polizeiabkommens auch gemeinsame operative Ermittlungsgruppen aus Beamten beider Länder möglich. Auch können Polizisten des einen Landes im anderen Land hoheitlich tätig werden, wenn sie der Führung eines dort örtlich zuständigen Beamten unterstellt werden. Darüber hinaus sollten neue gemeinsame Dienststellen gegründet werden, um die Zusammenarbeit der Polizei zu intensivieren.</p>			<p>FDP: Siehe Frage 33</p>
<p>35. In den letzten Monaten kam es vereinzelt zur Einstellung von polnischen Staatsbürgern in den Polizeidienst. Planen Sie dies auszubauen oder zu verstetigen?</p>	<p>SPD: Die Einstellung von Menschen ausländischer Herkunft in die Landespolizei verspricht nicht nur eine Erhöhung der interkulturellen Kompetenz, sondern generell eine internationalere Ausrichtung und Handlungskompetenz. Zudem ist ihr Einsatz besonders</p>	<p>CDU: Die Einstellung von polnischen Staatsbürgern in den Polizeidienst bzw. von Personen mit polnischen Sprachkenntnissen wird von Seiten der CDU befürwortet und ausdrücklich unterstützt.</p>	<p>DIE LINKE: Ja.</p>	<p>GRÜNE: Ja, wobei sich dies aus GRÜNER Sicht nicht nur auf polnische Staatsbürger beziehen kann. Insgesamt gilt: Die gesellschaftliche Vielfalt müssen die Polizeibehörden widerspiegeln. Wir GRÜNE fordern schon seit Jahren eine Überarbeitung der Konzepte der</p>	<p>FDP: Die Arbeit der Polizei muss wieder eine deutlich stärkere öffentliche Würdigung erfahren, was sich auch in einer Aufstockung des Personals niederschlägt. Die Einstellung polnischer Staatsbürger kann zweckdienlich sein, wenn es etwa um den Einsatz</p>

	geeignet, Vorurteile und Berührungsängste gegenüber der Polizei abzubauen und gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Unsere Bestrebungen zielen daher weiterhin darauf ab, Bürgerinnen und Bürger insbesondere aus Polen für den Polizeiberuf zu interessieren.			Personalwerbung und -auswahl im Hinblick auf Diversität. Verbindliche Zielquoten und eine Überprüfung der Auswahlkriterien und -verfahren auf Ausschlussmechanismen hinsichtlich einer interkulturellen Öffnung sollten dies flankieren.	von Polizeikräften in den Grenzregionen geht, sie kann aber nicht zur Regel werden.
36. Wie wollen Sie die Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit und Pflege verbessern?	SPD: Unser Land steht mit Blick auf den demografischen Wandel vor großen Herausforderungen. Der Versorgungsbedarf wird steigen. Gleichzeitig ist nicht zu erwarten, dass die vorhandenen Ressourcen zunehmen. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit weiter voranbringen, damit die Menschen auf beiden Seiten der Grenze verstärkt von der besten Versorgung profitieren. Die Beschlüsse der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz zu grenzüberschreitenden Versorgungsfragen werden für uns dabei handlungsleitend sein.	CDU: Was in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Uniklinik Aachen und Maastricht schon seit einiger Zeit gut funktioniert, muss auch in der Region MV/ Polen umgesetzt werden. Zunächst müssen die Regierungen die Rahmenbedingungen klären. Die Gehaltsstrukturen des medizinischen und pflegerischen Personals müssen angeglichen werden. Aber auch die Überwindung der sprachlichen Hürden ist in der Medizin entscheidend. Für uns ist eine adäquate medizinische Leistung grenzüberschreitend wichtig.	DIE LINKE: Seit 2004 können sich Krankenversicherte aus Deutschland in jedem anderen Mitgliedsland der EU medizinisch behandeln lassen. Die Patienten haben jeweils die gleichen Leistungsansprüche, wie die gesetzlich Krankenversicherten in dem Land, in dem die Behandlung erfolgt. Über diese Möglichkeiten will DIE LINKE besser informieren, die bestehende Zusammenarbeit von Gesundheitsdienstleistern fördern und die Einrichtung freiwilliger fachspezifischer Kooperationsformen anregen.	GRÜNE: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben zum Vorteil von Patientinnen und Patienten auf beiden Seiten intensivere Kooperationen der polnischen und deutschen Gesundheitssysteme sowohl im ambulanten als auch im stationären Sektor an. Eufördernde Modellprojekte sollten hier die Harmonisierung der Systeme erproben und besser erschlossene, grenzüberschreitende Verkehrsnetze müssen die Zugänge beiderseits erleichtern.	FDP: Die Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie der gegenseitige Spracherwerb sind wesentliche Prämissen für eine Zusammenarbeit in diesem Bereich. Überdies gilt es bürokratische Hemmnisse hinsichtlich der Sozialversicherung beider Staaten abzubauen.
37. Was planen Sie, um die grenzüberschreitende Arbeit von Rettungsdiensten zu ermöglichen?	SPD: Eine bessere Zusammenarbeit mit Polen wäre mit der Chance einer besseren Notfallversorgung verbunden. Der Rettungsdienst könnte	CDU: Manche Regionen in MV können vom polnischen Rettungsdienst schneller erreicht und bedient werden. Zur Über-	DIE LINKE: Die grenzüberschreitende Arbeit von Rettungsdiensten ist für alle Beteiligten sinnvoll. Seit Mai 2013 ist das	GRÜNE: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine wirksame Abstimmung der Rettungsstellen, Rettungsstationen und Notaufnahmen	FDP: Hier ist eine Abstimmung zwischen den Leistungsanbietern und Kostenträgern zwingend erforderlich. Dies kann

	<p>dann im Rahmen einer integrierten Koordination der Rettungsmittel und ohne Behinderung durch nationale Grenzen eingesetzt werden. Das wäre ein echter Gewinn im Notfall. Die dazu laufenden Gespräche der Landesregierung mit unserem polnischen Nachbarn begrüßen wir ausdrücklich. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das konsequent fortgesetzt wird.</p>	<p>windung der verwaltungsrechtlichen und organisatorischen Hürden sind gemeinsame Gespräche zwischen beiden Ländern notwendig, um am Ende die entsprechenden Regelungen für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu entwickeln. In der nächsten Legislaturperiode werden wir an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit weiterarbeiten und uns dafür einsetzen.</p>	<p>deutsch-polnische Rahmenabkommen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst in Kraft. Es fehlen jedoch konkrete regionale Kooperationsvereinbarungen, beispielsweise über die beteiligten Partner, die Finanzierung und die Haftung. Diese Vereinbarungen will DIE LINKE schnellstmöglich zu einem erfolgreichen Abschluss führen.</p>	<p>im Grenzgebiet vorantreiben.</p>	<p>und sollte auf politischer Ebene moderiert werden.</p>
<p>38. Versicherte der AOK Nordost können mit ihrer Versichertenkarte in Stettin zum Arzt gehen und bekommen u.a. bspw. deutsche Krankenscheinigungen. Planen Sie einen Ausbau solcher Kooperationen anzuregen?</p>	<p>SPD: Wir unterstützen Initiativen zur stärkeren Kooperation beider Länder. Insbesondere geht es um pragmatische und praktikable Lösungen hinsichtlich der Besonderheiten der unterschiedlichen Gesundheitssysteme, der Versicherung und der Kostenersatzung sowie den Abbau von Sprachbarrieren und die Ausbildung von Fachkräften. Wir werden uns in diesem Sinne bei allen Akteuren im Gesundheitswesen weiterhin für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einsetzen, weil es den Menschen vor Ort hilft.</p>	<p>CDU: Für uns ist es wichtig, dass die Möglichkeit auch für Versicherte anderer Krankenkassen besteht. Um solche Kooperationen auszubauen, sind Gespräche mit Vertretern der Krankenkassen notwendig. Das werden wir in der nächsten Legislaturperiode anregen.</p>	<p>DIE LINKE: Ja. Wir wollen für alle Menschen eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung, deren Angebote im Bereich der Grund- und Regelversorgung wohnortnah sind.</p>	<p>GRÜNE: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können als eine Kraft in der Landespolitik den Ausbau solcher sinnvoller Kooperationen nur mit anregen. Es liegt allerdings im Interesse der Kassen, auch dem wachsenden Radius ihrer Versicherten, nicht zuletzt in den Grenzregionen zu entsprechen und solche Angebote zu erweitern. Die Politik muss auf beiden Seiten dafür Sorge tragen, dass die notwendige Versorgung quantitativ und qualitativ auch in allen Belangen gegeben ist.</p>	<p>FDP: Siehe Frage 37</p>

Zivilgesellschaft und Kultur					
<p>39. Zivilgesellschaftliche Akteur/-innen können im Rahmen der Kleinprojektförderung der Euroregion Pomerania deutsch-polnische Projekte beantragen, müssen diese aber komplett vorfinanzieren und nach der Abrechnung oft noch bis zu einem Jahr warten, bis sie ihre Ausgaben ersetzt bekommen. Hierfür haben insb. kleine Vereine häufig keine Möglichkeit. Damit wird gerade die Entwicklung einer deutsch-polnischen Zivilgesellschaft erschwert, denn kleine Vereine entschließen sich dann meist nicht zu einem Antrag bei der Euroregion. Werden Sie dieses Problem beheben, indem bspw. eine Landesstiftung gegründet wird, die als Mittlerin fungiert?</p>	<p>SPD: Die Pomerania kann jährlich bis zu 10T€ erhalten, um Schülertausche mit Polen zu fördern. Aus Sicht der SPD bestehen insbesondere Förderbedarfe für den Ausbau des Spracherwerbs Polnisch in den allgemein bildenden Schulen und den Berufsschulen der deutsch-polnischen Grenzregion sowie für aktive Schulpartnerschaften. Außerdem hat die SPD-geführte Landesregierung auf die Entwicklung grenzüberschreitender Netzwerke in den Erörterungen des Deutsch-Polnischen Bildungsausschusses hingewirkt.</p>	<p>CDU: Die Fragen 39 und 40 werden zusammenhängend beantwortet. Die kontinuierliche Entwicklung einer deutsch-polnischen Zivilgesellschaft in der grenznahen Region findet die uneingeschränkte Unterstützung der CDU. Maßnahmen, die geeignet sind, dies zu befördern, sollten daher stetig ausgebaut werden. Die Projektförderung seitens der EU ist oftmals mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden. Etwa ist der oftmals entstehende Vorfinanzierungsdruck, für die Antragsteller misslich. Maßnahmen, die bürokratische Hürden auf ein nötiges Maß zu begrenzen, unterstützen wir. Nicht außer Acht gelassen werden darf jedoch, dass ein gewisses Maß an bürokratischer Kontrolle notwendig ist, um etwa dem Fördermittelmissbrauch vorzubeugen. Einer besonderen, vereinfachten Förderung kleinerer Projekte stehen wir offen gegenüber. Es sollte jedoch sicher gestellt sein, dass dem Fördermittelgeber stets ein</p>	<p>DIE LINKE: Wir werden uns auch weiter für eine auskömmliche Förderung für Kooperationsprojekte in der Euroregion einsetzen. Vorfinanzierungen durch die Projektträger stellen eine viel zu große Hürde dar. Das muss verändert werden. Hier brauchen wir dringend bessere und praktikablere Förderbedingungen. Die Förderung muss dem Bedarf angepasst werden. Es darf nicht sein, dass der Antragsteller sich dem Förderangebot anpassen muss. Das würde am Sinn der Förderung vorbeigehen.</p>	<p>GRÜNE: Wir werden Möglichkeiten prüfen, wie die Projekte bei diesem Problem unterstützt werden können, z. B. bei Zwischenfinanzierungen. Die Idee einer Stiftung stehen wir skeptisch gegenüber, da schon Personal- und Verwaltungskosten einer kleinen Stiftung im Vergleich zu den Fördersummen sehr hoch wären. Das Land bekommt zur Zeit leider nicht einmal seine eigene kulturelle Projektförderung ordentlich organisiert, so dass Träger bis weit ins Förderjahr hinein auf Bescheide und Zuwendungen warten.</p>	<p>FDP: Die Gründung einer Landesstiftung ist nicht der richtige Weg, weil hier wertvolle ehrenamtliche Arbeit für politische Zwecke missbraucht werden kann. Siehe Ehrenamtsstiftung.</p>
<p>40. Wie stehen Sie in diesem Kontext dazu, bei der Euroregion Pomerania eine Mikroprojektförderung für sehr kleine Projekte, bspw. bis 500 oder 1.000 Euro mit einem vereinfachten Verfahren einzurichten?</p>	<p>SPD: Fördermöglichkeiten für Kleinprojekte bestehen im Bildungs- und Kulturbereich über die Möglichkeiten der Kulturförderung. Schulfördervereine haben die Möglichkeit, bei der Ehrenamtsstiftung im Rahmen von Integrationsarbeit</p>	<p>Maß an bürokratischer Kontrolle notwendig ist, um etwa dem Fördermittelmissbrauch vorzubeugen. Einer besonderen, vereinfachten Förderung kleinerer Projekte stehen wir offen gegenüber. Es sollte jedoch sicher gestellt sein, dass dem Fördermittelgeber stets ein</p>	<p>DIE LINKE: Diesem Vorschlag steht DIE LINKE offen gegenüber. Mit den Akteuren vor Ort sollte herausgearbeitet werden, für welche Art von Projekten und für welche Antragsteller eine Mikroprojektförderung sinnvoll und notwendig ist. Mit einem übersichtlichen</p>	<p>GRÜNE: Der Antrags-, Abrechnungs- und Nachweisaufwand für Fördermittel, die ganz oder teilweise aus EU-Mitteln stammen, stellt Engagierte in vielen Bereichen vor große Probleme. Wir befürworten daher vereinfachte Verfahren für</p>	<p>FDP: Uneingeschränkt positiv.</p>

	<p>Kleinprojekte zu beantragen. Dafür erhält die Ehrenamtsstiftung 100 T€ aus dem Einzelplan 07 zusätzlich. Aus dem Fonds für kleine Projekte wurden insgesamt rund 1.180 Projekte gefördert, 112.000 deutsche und polnische Bewohner des Fördergebiets nahmen an den Projekten teil.</p>	<p>angemessenes Maß an Möglichkeiten zur Überprüfung der Verwendung der ausgegebenen Mittel bleibt.</p>	<p>Verwaltungsaufwand, können Mikroprojekte ein niederschwelliges Angebot darstellen und damit weitere Menschen in der Grenzregion ansprechen und die deutsch-polnische Zivilgesellschaft unterstützen.</p>	<p>kleinere Projekte – allerdings ist zuvor eine Prüfung nötig, ob dies mit den EU-Richtlinien vereinbar ist.</p>	
<p>41. Bisher können Bürger/-innen verschiedener EU-Mitgliedstaaten keinen gemeinsamen Verein gründen, da rechtliche Grundlagen fehlen, um grenzüberschreitend Mitgliedsbeiträge oder Spenden erhalten zu können. MV könnte hier als lebendige Grenzregion für die Schaffung dieser Grundlagen auf EU-Ebene werben, um es Deutschen und Polen zu ermöglichen, sich gemeinsam zu engagieren und im EU-Gebiet handlungsfähig zu sein. Setzen Sie sich für ein gesamteuropäisches Statut zur Etablierung Europäischer Vereine ein?</p>	<p>SPD: Ein entsprechendes Statut ist bislang leider gescheitert, deshalb erscheint eine Realisierung derzeit nicht realistisch. Gerne würden wir mit Ihnen diesbezüglich im Dialog bleiben, um auf etwaige neue Entwicklungen reagieren zu können.</p>	<p>CDU: Die Gründung von grenzüberschreitenden, gemeinsamen deutsch-polnischen Vereinen kann eine geeignete Maßnahme sein, um die Entwicklung einer deutsch-polnischen Zivilgesellschaft in der grenznahen Region Mecklenburg-Vorpommerns zu befördern. Insofern die rechtlichen Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene gegeben sind, verschließen wir uns einer derartigen Möglichkeit zur Vereinsgründung nicht. Schließlich wäre diese Möglichkeit auch ganz im Sinne der Europäischen Integration zu sehen.</p>	<p>DIE LINKE: DIE LINKE setzt sich grundsätzlich für die europäische Integration ein. Die Möglichkeit, grenzüberschreitende Vereine zu gründen, gehört für uns natürlich auch dazu. Die bereits vor Jahren von der Europäischen Kommission vorgebrachte Idee eines „Europäischen Vereins“ unterstützen wir deshalb ausdrücklich.</p>	<p>GRÜNE: Ja, wir halten grenzübergreifende Vereine für logische Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses.</p>	<p>FDP: Ja.</p>
<p>42. Welche Austauschprogramme und Projekte für Kinder und Jugendliche wollen Sie von Landesebene aus in den</p>	<p>SPD: Die Staatskanzlei fördert Projekte grenzüberschreitender Begegnungen, die die europäi-</p>	<p>CDU: Wichtig ist, dass auch außerschulische Projekte gefördert werden. Aus unserer Sicht sind Praktika während</p>	<p>DIE LINKE: Bestehende Programme für Schüleraustausche und Auslandsjahre, Jugendfreizeiti-</p>	<p>GRÜNE: Wir wollen zum Beispiel die Austauschprogramme des deutsch-polnischen Jugendwerks weiter unterstützen. Auf</p>	<p>FDP: Die bestehenden Programme sollen nach Möglichkeit erhalten bleiben. Es sollten Programme angestoßen</p>

<p>kommenden Jahren (weiter) fördern oder initiieren?</p>	<p>sche Integration und Förderung des Europagedankens zum Ziel haben. Dabei werden besonders Projekte im Rahmen von Regionalpartnerschaften, mit Einrichtungen im Ostseeraum oder im Rahmen der jährlichen Europawoche berücksichtigt. Des Weiteren gibt es in MV die Möglichkeit der Schüleraustausche mit Schulen in Ost-, Mittelest- und Südosteuropa sowie Israel. Diese Programme planen wir fortzusetzen.</p>	<p>der Schul- und Berufszeit für die Jugendlichen eine gute und wichtige Erfahrung. Auf die Aspekte werden wir in der kommenden Legislaturperiode besonderen Wert legen. Schülerfahrten zu KZ-Gedenkstätten in Polen können künftig auch finanziell unterstützt werden. Die Förderung von grenzüberschreitenden Projekten und Austauschprogrammen gilt es zu institutionalisieren und auszubauen.</p>	<p>ten, sogenannte Workcamps sowie Geschichts- und Sprachlernfahrten sind hervorragend geeignet, um jungen Menschen einen Perspektivwechsel zu ermöglichen und Erfahrungen für kurz- oder längerfristige Aufenthalte im Ausland zu ermöglichen. Es ist in unserem Interesse, bestehende Programme und Angebote zu erhalten, weiterzuführen und gegebenenfalls auszubauen.</p>	<p>Landesebene wollen wir außerdem gemeinsame Schulfahrten und Schulprojekte stärker fördern. Der Bereich der beruflichen Ausbildung soll hier noch stärker berücksichtigt werden. Grundsätzlich sehen wir in vielen Bereichen wie etwa Sport, Wissenst Wettbewerbe, Musik, Jugendmedien usw. größeres Potenzial für gemeinsame Projekte, die durch das Land initiiert oder gefördert werden können.</p>	<p>werden, in denen die jungen Leute wechselseitig aus der Geschichte lernen, in denen sie sich aber auch wechselseitig motivieren, was die Gestaltung insbesondere ihrer beruflichen Zukunft angeht, so sollte es selbstverständlich werden, dass junge Deutsche zum Praktikum nach Polen gehen oder in einem virtuellen Klassenraum gemeinsam mit Polen lernen.</p>
<p>43. Wie wollen Sie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Kunst und Kultur fördern?</p>	<p>SPD: Die SPD hat sich klar dazu bekannt, die Zusammenarbeit mit Polen in der Kultur auszubauen sowie grenzüberschreitende, zivilgesellschaftliche Strukturen für Toleranz und Dialog zwischen Menschen, Vereinen und Institutionen zu stärken. Die SPD hat dafür gesorgt, dass die Förderung der internationalen Begegnungen der Künstlerhäuser in Ahrenshoop, Plüschow und Bröllin verdoppelt wurde. Über die Kulturförderrichtlinie können auch zukünftig Projekte mit ausländischen Künstler/innen gefördert werden.</p>	<p>CDU: Denkbar wäre die Einrichtung eines deutsch-polnischen Kulturbeirates.</p>	<p>DIE LINKE: Wir sind eine vehemente Befürworterin des interkulturellen Austausches und der UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt. Um eine deutsch-polnische Kunst- und Kulturszene zu schaffen, ist die weitere Unterstützung der über 100 kommunalen Partnerschaften und der über 110 Universitäts-, Fachhochschul- und Schulpartnerschaften für uns der richtige Weg. Interkulturelle Bildung mit der Herausbildung von Sprachkompetenz ist für uns entscheidend im fortlaufenden Prozess der europäischen Integration.</p>	<p>GRÜNE: Wir wollen interkulturelle Begegnungen und Projekte in M-V besonders fördern und dafür ein zusätzliches Budget in Höhe von 300.000 Euro pro Jahr bereitstellen. Gefördert werden sollen sowohl grenzüberschreitende Projekte und Kooperationen als auch interkulturelle Initiativen für Zugewanderte und von Zugewanderten. Bereits bestehende Projekte wie zum Beispiel polenmARKT e. V. sollen langfristiger und verlässlicher gefördert werden.</p>	<p>FDP: Die noch vergleichsweise wenigen Kooperationen sind zu intensivieren und zu multiplizieren, damit der Austausch in der Fläche vorangebracht wird – um ein tief verankertes und selbstverständliches Wissen vom Nachbarn zu entwickeln. Es geht darum weniger die „Leuchttürme“ zu pflegen, vielmehr haben viele Kulturschaffende in Polen wie MV gemeinsam, dass sie weitgehend ohne staatliche Förderung auskommen. Diesen „entrepreneur spirit“ gilt es zu befördern, damit Kunst und Kultur originell bleiben.</p>

<p>44. Welche Maßnahmen planen Sie, um die zahlreichen polnischen Zuwanderer/-innen in der Grenzregion besser in das gesellschaftliche Leben in den Kommunen zu integrieren, bspw. in der Feuerwehr oder in Vereinen?</p>	<p>SPD: Integration kann nicht verordnet, sie muss vor Ort gelebt werden. Ehrenamtliches Engagement in Vereinen oder der Feuerwehr ist da eine gute Möglichkeit. Gerade bei denjenigen Zugezogenen, die täglich zwischen Stettin und dem Landkreis Vorpommern-Greifswald pendeln, kommt erschwerend für ehrenamtliches Engagement aber das fehlende Zeitbudget hinzu. Dies gilt auch für Einheimische, die auswärts arbeiten.</p>	<p>CDU: Die vorstehenden Fragen werden im Zusammenhang beantwortet. Das Thema Integration hat im Zuge der politischen Entwicklung der letzten Monate eine enorme Bedeutung gewonnen. Das Thema Integration sollte sich dabei nicht nur auf Kriegsflüchtlinge beschränken, sondern sich auch auf Zuwanderer aus unseren Nachbarländern beziehen. Insoweit ist es wichtig jegliche Projekte, die auf ein Zusammenwachsen der Gesellschaft im grenznahen Raum gerichtet sind, zu unterstützen. Auch hierfür bietet sich die Förderung über Interreg V A an.</p>	<p>DIE LINKE: Politisches und gesellschaftliches Engagement sind auch Mittel und Ergebnis gelungener Integration und zentrales Element dieser Prozesse ist selbstverständlich die Sprachkenntnis. Polnische Mitbürgerinnen und Mitbürger können dann noch stärker in den Städten und Gemeinden in geeigneten Gremien vertreten sein, um dort ihre Vorstellungen und Wünsche einbringen zu können. Für eine aktive Partizipation auch polnischer Zuwanderinnen und Zuwanderer sind die Kommunen weiter zu sensibilisieren.</p>	<p>GRÜNE: Eine wichtige Voraussetzung für Integration ist der Spracherwerb, darum muss das Land gemeinsam mit den Kommunen für ein ausreichendes und bezahlbares Angebot entsprechender Sprachkurse sorgen. Zudem wollen wir interkulturelle Projekte und Ansätze stärker fördern (siehe Frage 43). Darüber hinaus hängt die Integration aber auch von der individuellen Bereitschaft in den Vereinen vor Ort ab.</p>	<p>FDP: Dies ist grundsätzlich Sache der Kommunen und Landkreise. Das Land kann allerdings einen generellen Leitfaden entwickeln, worin Best-Practice-Beispiele vorgestellt und erfahrungsbasierte Anregungen gegeben werden, wie Integration nicht nur der Polen gut machbar ist und diesen Leitfaden auf vielen Informationskanälen öffentlich machen.</p>
<p>45. Auch heute noch sind häufig Vorurteile und Stereotype über unser östliches Nachbarland und seine Bewohner/-innen wahrnehmbar. Was möchten Sie unternehmen um diese abzubauen?</p>	<p>SPD: Stereotype erfüllen die gesellschaftliche Funktion, komplexe soziale Interaktionen mit Unbekannten zu vereinfachen. Sie werden dann innerhalb einer tatsächlich stattfindenden Interaktion durch die lebensweltliche Erfahrung quasi „überschrieben“. Insofern ist das beste Mittel gegen Stereotype, möglichst viele persönliche Begegnungen zwischen Polen und Deutschen zu ermöglichen. Die Förde-</p>	<p>Nur durch das Zusammenwachsen der Menschen und persönliche Erfahrungen werden sich Vorurteile und Stereotype schnell und erfolgreich abbauen lassen.</p>	<p>DIE LINKE: Gegenseitiges Kennenlernen, Erkennen von Gemeinsamem und Fähigkeit erproben, über sich selbst zu schmunzeln.</p>	<p>GRÜNE: Verstärkter Spracherwerb, bessere wirtschaftliche Vernetzung, Austauschprogramme, kulturelle Aktivitäten und ähnliche Maßnahmen können schrittweise Vorurteile abbauen. Daneben halten wir in den Marketingaktivitäten und Imagekampagnen des Landes ein stärkeres Bekenntnis zu einer gemeinsamen Metropolregion für nötig. Mindestens ebenso wichtig ist das Vermeiden bzw. Einstellen negativer</p>	<p>FDP: Vorurteile und Stereotype haben keinen Raum, wo das Alltagsleben der Menschen funktioniert. Die Aufgabe der Politik ist es, Hemmnissen entgegenzuwirken, insbesondere den Erwerb der polnischen Sprache zu forcieren, polnische Abschlüsse anzuerkennen und Unterrichtsmodule zu entwickeln sowie Begegnungen zu ermöglichen. Bei allen Initiativen ist auch die polnische Seite aufgefordert, eine Wahrnehmung von</p>

	<p>rung und der Ausbau bestehender Partnerschaften ist daher das beste Mittel gegen negative Stereotypen.</p>			<p>oder einseitiger Verlautbarungen zur politischen Profilierung, z. B. im Bereich der inneren Sicherheit.</p>	<p>Deutschland zu befördern, die möglichst frei von Vorurteilen und Stereotypen ist.</p>
--	---	--	--	--	--

Deutsch-Polnische Gesellschaft Vorpommern e. V.
 Postfach 12 29, 17465 Greifswald, Tel.: 0170/2331449
 E-Mail: info@dpg-vorpommern.de, Facebook: [dpgvorpommern](https://www.facebook.com/dpgvorpommern), Internet: www.dpg-vorpommern.de
 IBAN: DE64150505000235004316, BIC: NOLADE21GRW, Sparkasse Vorpommern